

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:
Prag, II., Károlyi nám. 32.

Telefon:
Zentrale: 6705.
Nachredaktion: 6707.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlass.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

4. Jahrgang.

Mittwoch, 17. Dezember 1924.

Nr. 294.

Problemlösung mit dem Knüppel.

Die Staatsbeamtenfrage ist wie für manche andere Staaten auch für die Tschechoslowakei ein ernstes Problem geworden. Wenn auch die Zahl der im Staatsdienste beschäftigten Personen nicht genau feststeht, so ist doch gewiß, daß der Verwaltungsapparat, gemessen an den Vorkriegsverhältnissen und an der finanziellen Leistungsfähigkeit des Staates ein viel zu kostspieliger ist, als daß er ohne Schaden für die Staatsfinanzen und für die Volkswirtschaft auf die Dauer getragen werden könnte. In dem schon von Rasin entworfenen Finanzsanierungsplane wurde als eine der Forderungen aufgestellt: weniger Beamte, dafür besser bezahlte. Darin steckt ein guter Kern, aber wie alles was Rasins Epigonen von seinen Ansichten, die schon an und für sich oft genug Härten zeigten, plump, roh und stümperhaft zur Tat zu machen suchten, so gestalten sie auch das Problem der Verbilligung und Verbesserung der Verwaltung, wie die Beamtenvorlagen zeigen, zur Farce, zur Karikatur und zu einem böswärtigen Attentat auf einen großen Teil der Bevölkerung, ohne daß die Gewähr gegeben wäre, es werde der beabsichtigte Zweck erreicht werden.

Die Koalition hatte noch ein anderes Problem zu lösen, als jenes, das auf die Herabminderung der Verwaltungskosten des Staates abzielt, das ist die Regulierung der Staatsangestelltenbezüge. Das Wort von der Not der Kanzleiproletarier ist keine leere Phrase, es ist bittere Wahrheit. Bei der allgemeinen Kürzung der Gehälter der Beamten hat man diesen einen Teil ihres Einkommens genommen, obwohl ihr Lebensstandard auch damals nicht annähernd mit dem Vorkriegsniveau verglichen werden konnte, sie empfingen dafür den Trost, die fortschreitende Verbilligungswelle werde bald den Ausgleich zwischen den Preisen und ihren reduzierten Bezügen schaffen. Diese Erwartung hat sich nicht erfüllt, denn der rückläufigen Bewegung der Preise machte bald wieder deren rapides Ansteigen Platz. Heute ringt der Großteil der Staatsangestellten ebenso wie die manuelle Arbeiterschaft mit der Sorge um das nackte Leben, ohne daß es ihm trotz aller Einschränkungen gelänge, der Not Herr zu werden.

Wie löst nun die Regierung diese brennenden Probleme? Wie sorgt sie für die Staatsbeamten, auf deren Arbeit und Gewissenheit das Wohlergehen des Staates sich gründen soll? Die Angestellten werden als „Abschlagszahlung“ auf ihre Forderung nach einem menschenwürdigen Dasein und nach gerechter Entlohnung ihrer Arbeit, für das laufende und das nächste Jahr einen Betrag empfangen, der nur als Trinkgeld angesehen werden kann. Dafür aber werden den Staatsbeamten alle Rechte genommen, die sie für verbrieft und versiegelt hielten, und welche die Grundlage ihrer Existenz wie ihres Fortkommens bildeten. Es war nicht gerade viel, was der Staatsangestellte hatte, aber das hatte er sozusagen sicher, das konnte ihm nicht strittig gemacht werden. Die Beamtenvorlagen, die mit einer Hand den Angestellten einen Brocken reichen, greifen mit der anderen tief in ihre Existenzgrundlagen hinein, machen sie vogelfrei und liefern sie der schrankenlosen Willkür des Schicksals aus, das sich in den Personen der Regierer des Staates verkörpert. Und die Reform der Verwaltung? Sie beschränkt sich auf einige theoretische Salbadereien darüber, welche Aufgaben die Staatsverwaltung habe und wie diese Aufgaben gestaltet werden sollten. Nicht eine einzige greifbare, konkrete Bestimmung, keine Reform, nur leeres Gerede und das vage Versprechen auf eine Reorganisation der Verwaltung, die einmal in ferner Zeit durchgeführt werden soll. Dagegen wird ohne Ueberlegung und ohne Studium des Problems mit größter Rücksichtslosigkeit an die Entlassung der angeblich „überzähligen“ An-

Das Staatsbeamtenabbaugesetz.

Beginn der Beratungen im Ausichuh: Einsetzung eines Subkomitees.
(Angenommener Antrag Taub.)

Prag, 16. Dezember. Das Interesse der parlamentarischen Kreise konzentrierte sich heute auf die Verhandlungen des sozialpolitischen Ausschusses, der als erste der Staatsbeamtenvorlagen das Gesetz über die Erparungen in der Verwaltung in Beratung zog. Vor Beginn der Beratungen des Ausschusses hieß es im Hause allgemein, daß die Koalition trotz der zahlreichen Proteste, die aus Staatsbeamtenkreisen im Hause einlaufen, nicht bereit sei, an den Vorlagen irgendwelche Änderungen vorzunehmen. Ob die Koalition wirklich den unsinnigen Willen hat, an den Bestimmungen der Vorlage festzuhalten, läßt sich zur Zeit, da diese Stellen geschrieben werden, nicht feststellen.

Um so beachtenswerter ist es unter diesen Umständen, daß im sozialpolitischen Ausschuh ein Antrag des Genossen Taub — dessen Rede einen mächtigen Eindruck hinterließ — auf Einsetzung eines Subkomitees zur Beratung der Abbauvorlage angenommen wurde. Dieses Subkomitee beschäftigt sich morgen um neun Uhr vormittags mit der Vorlage. Es bleibt abzuwarten, ob die Koalition in diesen Verhandlungen zu Zugeständnissen bereit sein wird.

In die Subkommission wurde Genosse Taub gewählt.

In der Debatte, die dem Beschluß auf Einsetzung eines Subkomitees voranging, verteidigten die Staatsbeamteninteressen von deutscher Seite die Genossen Taub, Grünzner und Hoffmann, die die Mängel der Vorlage aufzeigten und die Vorlage selbst einer vernichtenden Kritik unterwarfen.

Genosse Taub besprach zunächst die Art der Verhandlungsweise der Koalition überhaupt. Die Staatsbeamtenvorlage wird im letzten Moment ins Haus geworfen, und bevor noch die breitesten Öffentlichkeit den Inhalt der Vorlage erfaßt hat, ist sie bereits Gesetz. Redner verweist darauf, daß sich selbst Koalitionskreise der unwürdigen Verhandlungsweise bewußt werden, was der Artikel Stranšky in den „Lidové Noviny“ beweist. Der durchgeprüfete Vorschlag und die Beamtenvorlagen sollten der Koalition Anlaß bieten, über ihre Regierungs- und Parteimethoden ein wenig nachzudenken. Bezeichnend für das schlechte Gewissen der Koalition ist es, daß keiner von den Staatsangestelltenvertretern das Referat über die Vorlage übernahmen wollte und daß, so wie bei den Dezembergesetzen vor zwei Jahren, der tschechische Agrarier Malik, der von Staatsangestellten keine Ahnung hat, als Referent in die

Brosche springen muß. Redner verweist auf die zahlreichen legislativen Mängel der Vorlage. In den §§ 11 bis 34, B. werden allerlei Grundsätze aufgezählt, aber keine gesetzlichen Bestimmungen getroffen. Redner verweist darauf, daß in Österreich die Dienstpragmatik mit den Vertretern der Staatsangestellten beraten wurde, während bei uns die Vertreter der Staatsangestelltenorganisationen nicht gehört werden. Redner fragt die Koalition, welches Äquivalent sie für die Aufgabe des Definitivums den Angestellten zu bieten hat und verweist darauf, daß auch diese Vorlage nur geeignet ist, das Vertrauen zum Staate weiterhin zu untergraben.

Genosse Grünzner bezeichnet die Vorlage als einen der furchtbaren Gesetzentwürfe, die jemals dem Hause unterbreitet wurden. Seit dem Gesetze Nr. 394 vom 20. Dezember 1922, mit dem ein empfindlicher Abbau an den Bezügen der Staats- und öffentlichen Angestellten vorgenommen wurde, seien die Klagen und Beschwerden über die zugefügten Schäden nicht verstummt. Die Regierung und die Koalitionsparteien haben auf unsere damaligen Entwendungen und Warnungen vor den Wirkungen dieses Gesetzes nicht gehört, mußten aber später selbst zugeben, daß die Be-

gestellten geschritten. Im nächsten Jahre sollen es zehn Prozent sein, die den Staatsdienst verlassen müssen, das heißt, es wird jeder zehnte Angestellte im nächsten Jahre um Brot und Existenz kommen, ohne Bedacht, was mit ihm und seiner Familie geschieht. In nichts wird sich nunmehr das Schicksal dieser „Festangestellten“ von dem etwa des Fabrikproletariats unterscheiden, der, wenn sein Arbeitgeber ihn nicht mehr zur Erzeugung von Mehrwert benötigt, mit kühlem Gleichmut aufs Pflaster gesetzt wird. Wieviel ihrer in den nächsten Jahren sein werden, die das gleiche Los trifft, weiß niemand, die Regierung behält sich unbegrenzte Vollmacht vor, mit der Existenz der Angestellten nach Belieben zu schalten. Das heißt man das Pferd am Schwanz aufzäumen! Anstatt wie es sinngemäß und vernünftig wäre, zuerst die Verwaltungsreform durchzuführen und danach die Zahl der erforderlichen Beamten zu bemessen, werden zuerst Scharen von Beamten entlassen und irgendwann später erst soll die Reform des Verwaltungsorganismus in Angriff genommen werden. Kein einsichtiger Mensch kann übersehen, daß der Abbau der Angestellten nur im Zusammenhang mit der Vereinfachung und Reorganisation der Verwaltung bewerkstelligt werden kann, wenn die Gefahr vermieden werden soll, in die staatliche Administrative chaotische Zustände zu tragen.

Das Staatsangestelltenproblem wird noch in anderer Weise mit dem Knüppel zu lösen versucht. Gleichzeitig mit dem Abbau sollen alle Vorschriften bezüglich der definitiven Anstellung, Stabilisierung, Beförderung oder Vorrückung in die höheren Kategorien suspendiert werden und zwar bis zur Neuordnung der Dienstverhältnisse der Staatsangestellten, insofern die Voraussetzungen dieses Anspruches nicht spätestens an dem Tage erfüllt wurden, an welchem dieses Gesetz Wirksamkeit erlangt. Auch die

Beförderung der Angestellten ist während dieser Zeit unzulässig, außer wenn es sich um die notwendige Besetzung eines freigewordenen systemisierten Postens handelt und seit der letzten Beförderung wenigstens drei Jahre verstrichen sind. Damit zusammenhängend werden alle nach dem 1. Jänner 1919 herausgegebenen Vorschriften außer Wirkung gesetzt durch welche der Anspruch auf die Anrechnung einer bestimmten Zeit für die Vorrückung in die höheren Bezüge zuerkannt wird. Die Angestellten verlieren aber auch alle Rechte über die Art ihrer Beschäftigung, sie können auch in jeder niederen Dienstgattung beschäftigt und — was noch ärger ist — in jeden beliebigen Dienort versetzt werden. Eine Weigerung zieht die Entlassung nach sich.

Mit einem Federstrich sollen alle Rechte der Angestellten ausgetilgt werden. Es ist ein Gesetz, das den Jubel der herrschenden Kapitalistenklasse wecken wird und das sie in ihrem Bereiche gegenüber den eigenen Arbeitern nachahmen wird. Es wird das Signal zu einem allgemeinen Angriff der Kapitalistenklasse auf die durch Lohnkämpfe errungenen Rechte und Forderungen der Arbeiterchaft sein. Was sollen noch Lohnverträge gelten, wenn die Regierung sich selbst achlos über die von der Befehlsgebung festgesetzten Rechte der Staatsangestellten hinwegsetzt. Die zu schaffenden Gesetze gehören in die Reihe der Gewaltmaßnahmen, mit denen die Machtklassen im Staate die arbeitenden Klassen zu knebeln, rechtlos zu machen suchen. Die Konsolidierung, die von ihnen erhofft wird, wird leerer Wahn bleiben. Uebrig bleiben wird die giftige Saat des Hasses und der Verzweiflung, welche diese Gesetze austreuen und üppig in die Palme schießen wird.

gründung über den zu erwartenden Preisabbau nicht nur nicht zugestimmt, sondern die damals inaugurierte Finanzpolitik vollständig Schiffsbruch gelitten hat. Nunmehr versucht es die Regierung und die Koalitionsparteien, die Konsolidierung auf Kosten vieler Jehntausender Existenzen von Staats- und öffentlichen Angestellten herbeizuführen, um auf diese Weise das gestürzte Vertrauen des Auslandes wieder herbeizuführen zu erwerben. Redner verweist insbesondere auf §§ 6 und 30, durch die dienstpragmatisch erworbene Rechte den Beamten und Angestellten mit einem Federstrich geraubt werden sollen. Viele Jehntausende ungeschuldiger armer Teufel sollen die Sünden der Regierungen und der Verwaltung des Staates mit ihrer Existenz büßen.

Genosse Hoffmann erklärte, der Monat Dezember sei bereits ein Monat des Schreckens für alle in Staats- und in öffentlichen Diensten Stehenden. Heute hat ihnen der Dezember die r Gesetzentwürfe „beschert“, auf 60 Seiten etwa 80 Paragraphen von schwerwiegender Bedeutung. Im Interesse der Gesundheit des Staates sind die Vorlagen eingebracht. Diese Behauptung wird ausgesprochen kurz nach dem sechsten Geburtstage der Republik. Die Ursache der Nöte des Staates liegt aber in dem herrschenden Systeme. Redner weist auf die steigende Schuldenlast, auf die ungeheuren Militärausgaben hin. Zu fordern ist z. B. die Ausschließung der in Staatsbetrieben beschäftigten Angestellten und Arbeiter aus dem Gesetze. Die Tabaksteuer z. B. ist im Vorschlage mit mehr als einer Milliarde Repeigewinn angeführt. Ein Prozent dieses Reingewinnes würde hier jeden Abbau überflüssig machen. Nur 10 Prozent sollen entlassen werden, ins einfache Deutsch übertragen heißt dies, daß jeder Zehnte „knecken“ soll. Diese Maßnahme muß naturgemäß Wirkungen nicht bloß für den Betroffenen persönlich, sondern die ganze Volkswirtschaft haben. Der Hinweis auf Deutschland und Österreich ist verfehlt; diese Staaten sind „besiegt“, Österreich steht unter Kontrolle des internationalen Kapitals. „Unsere Republik“ aber ist ein Siegerstaat. It seit lauzem „konsolidiert“. Schließlich macht Genosse Hoffmann auf die Wirkungen der Vorlagen für das Schicksal aufmerksam.

Auslieferungen.

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Prag, 16. Dezember. Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses verhandelte über das Gesetz über die Verlängerung der Frist über die Bezeichnung elektrischer Unternehmungen, die in gemeinnützige Unternehmungen umgewandelt werden, das Gesetz über den Kriegsausgleich zu den direkten Steuern für das Jahr 1925 und nahm sodann einige zweite Lesungen vor. Vor Schluß der Sitzung wurden noch Immunitätsfälle verhandelt.

Der slowakische Volksparteiler Tomil wurde ausgeliefert, weil er sich in einer Versammlung wie folgt äußerte: „Wir sind hier zu Hause und lassen uns von eingetvanderten, von barlos'en Gesichtern und Dieben nicht beherrschen; aus Böhmen sind lauter Diebe, die den Slowaken das letzte Stück Brot rauben, eingewandert. Schande den Gesetzen, Schande der Republik!“

Desgleichen wurde Schollisch ausgeliefert, u. zw., weil er in einer Versammlung in Neutitschein eine Rede hielt, in der er die Anwesenden aufforderte, im Falle eines Krieges gegen Deutschland dem Mobilisierungsbefehl nicht Folge zu leisten.

Wie die Koalition verhandelt.

Prag, 16. Dezember. Die heutige Sitzung des Budgetausschusses gewährte wiederum einen Einblick in die Art der Verhandlungsweise der Koalition. Auf der Tagesordnung standen drei Vorlagen: Alle wurden erst bei Eröffnung der Sitzung den Referenten vom Vorsitzenden Bradač zugewiesen. Die Opposition erhob dagegen Einspruch, daß Vorlagen sofort verhandelt werden, wenn der Vorsitzende erst knapp vorher Referenten bestimmt. Es wurde die Vertagung der Sitzung verlangt, damit die Referenten die Vorlagen studieren können.

Diesem Verlangen wurde nicht stattgegeben und die Vorlagen debattiert und angenommen, da die oppositionellen Abgeordneten an einer solchen Verhandlung der Gesetze nicht teilnahmen.

Das handelspolitisch-ermächtigungsgesetz

im Ausschuss angenommen.

Prag, 16. Dezember. Der Ausschuss des Abgeordnetenhauses verhandelte den Gesetzentwurf über die provisorische Regelung der Handelsbeziehungen mit dem Ausland. In der Debatte sprachen: der Nationaldemokrat Hajn, der Agrarier Hrdel, der sich darüber beschwerte, daß unsere Handelspolitik, soweit es sich um landwirtschaftliche Produkte handelt, eine Politik der offenen Tür sei, während bei Industrieprodukten eine Politik der geschlossenen Tür getrieben wird, der Gewerkschaftler Mlých, Dr. Kratochvíl, der sich ebenfalls mit Zollfragen befaßte, und der tschechische Sozialdemokrat Koubek, der in dem Ermächtigungsgesetz eine Schwäche unseres Parlamentarismus erblickt.

Genosse Hadenberg erklärte, unsere Partei wird gegen die Vorlage stimmen, da der § 64 der Verfassung bestimmt, daß Handelsverträge nur mit Zustimmung der Nationalversammlung in Wirksamkeit gesetzt werden können. Die Vorlage ist ein Ausdruck der Verlogenheit, weil die Koalition nicht imstande ist, sich über die Handelsverträge im gegenseitigen Augenblick zu einigen. Wir sind daran interessiert, daß nicht nur im Ausschuss über Handelspolitik gesprochen wird, sondern auch im Plenum zu jedem einzelnen Handelsvertrag Stellung genommen werden kann. Sodann wurde das Gesetz angenommen.

Die Staatsangestelltengesetze.

Prag, 15. Dezember.

In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses hat die Regierung auch folgende Gesetze überreicht, die wir wegen Raummangels in der gestrigen Nummer erst heute wiedergeben.

Remunerationen für die staatlichen und einige anderen öffentlichen Bediensteten

für das Jahr 1924 und 1925 lautet: Die Nationalversammlung der Tschechoslowakischen Republik hat folgendes Gesetz beschlossen:

§ 1.

Die Regierung wird ermächtigt, folgenden Personen im aktiven Dienste für das Jahr 1924 Remunerationen im Gesamtbetrag bis zu 170.000.000 Kč zu gewähren:

1. Den im § 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 1922 angeführten Bediensteten,
2. den Bediensteten in staatlichen Ämtern, in staatlichen und vom Staate verwalteten Unternehmungen, Anstalten und Fonds, sowie den auf Grund der für staatliche Lehrer geltenden Normen gewählten Lehrern und den anderen öffentlichen Bediensteten, deren Bezüge ganz oder zum Teile aus der Staatskasse oder aus vom Staate verwalteten Fonds gedeckt werden.

§ 2.

Die Regierung wird ermächtigt, den im § 1 angeführten Personen für das Jahr 1925 Remunerationen im Gesamtbetrag von 215.000.000 Kronen auszusprechen.

§ 3.

1. Die Bediensteten öffentlicher Korporationen und Anstalten, auf welche sich der § 10 des Gesetzes S. d. S. Nr. 394/22 bezieht, können aus den geltenden Vorschriften über Dienstordnungen oder den Beschlüssen der kompetenten Organe oder den Verträgen, welche ihnen die Bezüge und Begünstigungen der Staatsbediensteten gewährt, einen Anspruch auf Remunerationen nach Analogie des § 1 und § 2 dieses Gesetzes nicht ableiten.

2. Die im vorhergehenden Absatze angeführten Korporationen und Anstalten können ihren Bediensteten und den Bediensteten der von ihnen verwalteten Fonds und Anstalten ähnliche Remunerationen nur mit Zustimmung der übergeordneten Aufsichtsbehörde gewähren, welche Zustimmung bloß im Einvernehmen mit der staatlichen Finanzbehörde erteilt werden kann, welche durch Regierungsverordnung bestimmt wird.

§ 4.

1. Der Aufwand, welcher aus der Durchführung der Bestimmungen des § 1 erwächst, ist aus den Ersparungen zu decken, die im Jahre 1925 mit der Durchführung des Gesetzes vom 192... S. d. S. u. Nr. ... betreffend die Sparmaßnahmen in der öffentlichen Verwaltung, erzielt werden.

2. Der Aufwand, welcher aus der Durchführung der Bestimmungen des § 2 erwächst, ist einerseits aus den Erträgen der Stempelgebühren und der Abgaben aus Amtsfunktionen, ferner der Abgaben für Automobile, Spielkarten, Villards u. dgl., welche durch besondere Gesetze eingeführt werden, andererseits durch andere geeignete Maßnahmen zu decken, welche zu diesem Behufe getroffen werden.

§ 5.

1. Dieses Gesetz tritt hinsichtlich der Bestimmungen des § 1 gleichzeitig mit dem Tage der Wirksamkeit des Gesetzes S. d. S. u. Nr. ... betreffend die Sparmaßnahmen in der öffentlichen Verwaltung, hinsichtlich der Bestimmungen des § 2 mit jenem Tage in Wirksamkeit, den das Gesetz, womit im Zusammenhange mit den übrigen gesetzlichen und sonstigen Maßnahmen die Bedeutung des damit ver-

bandenen Aufwandes beschafft wird, bestimmt. 2. Dieses Gesetz wird von allen Mitgliedern der Regierung durchgeführt.

Die Regelung der Alterspensionistenbezüge.

Zur Regelung der Alterspensionistenbezüge werden zwei Vorlagen eingebracht. Die erstere bezieht sich auf die Zivil-, Staats- und einige andere öffentliche Angestellte und deren Hinterbliebene, die zweite auf pensionierte Militärpersonen und ihre Hinterbliebene. Nach der ersteren werden die Pensionenbezüge der vor dem 1. Jänner 1923 pensionierten Zivilstaatsangestellten geregelt auf Grund der höheren Pensionsgrundlage, die durch das Gesetz vom 20. Dezember 1922, Zahl 394, bestimmt wurde, wozu noch ein einheitlicher Teuerungszuschlag und eine Kinderzulage an Stelle der bisherigen Pensionszulage und Notaushilfe hinzutritt. Dadurch wird der bisherige Unterschied zwischen den sogenannten Alt- und Neupensionisten beseitigt. Nach demselben Gleichstellungsprinzip wird zugleich den Alterspensionisten die Zahlung der Einkommensteuer auferlegt. In der Vorlage kommt das Prinzip zum Ausdruck, daß einer und derselben Angestelltenkategorie für die gleiche Dienstzeit eine Pension gebührt, die nach dem gleichen Prozentfuß bemessen ist.

Die zweite Vorlage regelt die Pensionenbezüge der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen nach ungefähr denselben Grundätzen.

Beide Gesetze treten am 1. Jänner 1925 in Kraft. Zur Deckung des dadurch erwachsenen Aufwandes werden, soweit nicht neue Maßnahmen getroffen werden, eine 10prozentige Abgabe von den Eisenbahnfahrpreisen und eine 20prozentige Abgabe von den Telefongebühren eingeführt. Von der Fahrkartenabgabe sind die Arbeiter- und Schülerfahrten ausgenommen. Die Einzelheiten werden durch Verordnung geregelt.

Die Krankenversicherung der staatlichen Angestellten wird durch ein besonderes Gesetz geregelt werden.

Politische Leichenhändler

Von Dr. Karl Heller.

Seit einiger Zeit ist die tschechoslowakische Publizistik um eine neue Nuance „bereichert“. Sowohl deutschbürgerliche, als tschechische und darunter leider vor allem sozialdemokratische Blätter verfolgen einen Gegensatz zwischen der Politik der toten Führer unserer Partei, Seliger, und in jüngster Zeit auch Cermak und der derzeitigen Führung insbesondere Gen. Dr. Cech, zu konstruieren. Beide berufen sich auf die Toten, um sie gegen die Lebenden auszuspielen!

Die deutschbürgerliche Presse — in besonders hervorragender Weise das jüngste Prager Montagblattchen — stellt Seliger und nun auch Cermak als die Apostel der nationalen Einheitsfront hin, die längst in die deutsche Laube gegangenen wären, während wir Lebenden als die Herräter am deutschen Volke dargestellt werden.

Demgegenüber behaupten die tschechischen Blätter, Seliger sei der wahre Internationale gewesen, wir Lebenden aber seien Nationalisten.

Man braucht diese beiden Ergüsse schöner Seelen nur einander gegenüberzustellen, um zu sehen, was von ihnen zu halten ist. Es will mich schier bedünnen, daß sie alle beide so tun.

Zunächst sind die: „Anwürfe“ sachlich begründet? Also Seliger und Cermak schwärmten für die nationale Einheitsfront! Haben die Herrschaften schon völlig die Wahlkämpfe von 1919 und 1920 vergessen? Die Seliger und Cermak von Verammlung zu Verammlung gingen und den deutschbürgerlichen Leuten die Nase vom Gesichte rissen? Mit welcher Entrüstung sie den Danken von sich wiesen, sich auch nur in die entfernteste Gemeinlichkeit mit den geschworenen Feinden der deutschen Arbeiter. Ihren natürlichen Massengenern einzulassen? Kurz nach den Wahlen von 1920 traten die deutschbürgerlichen Parteien zum erstenmale offiziell an uns mit der Forderung nach der nationalen Einheitsfront heran. Ich erinnere mich noch sehr lebhaft der Gesetze, mit welcher Seliger die Forderung abtat. Seliger starb im Oktober 1920. Wiederholt wurde seither die Forderung erneuert. Und da war es mit uns allen Cermak, der den Gedanken der nationalen Einheitsfront mit aller Entschiedenheit ablehnte. Kaum acht Tage vor seinem Tode sprach ich mit ihm zum letztenmale. Und sein letzter Gedanke war die Ablehnung dieser unmöglichen Idee, die Wasser mit Feuer mengen will. Die deutschbürgerlichen Schriftsteller mögen sich gesagte sein lassen, daß dem Gedanken der nationalen Einheitsfront Seliger und Cermak ebenso ablehnend gegenüberstanden, wie Cech und Hillebrand und mit ihnen die ganze Partei.

Und nun zu den „Kavalieren“ von der tschechischen Seite! Also Seliger war international, schwärmte wohl gar für die Koalitionspolitik der tschechischen Sozialdemokraten, und Cech ist national! Genosse Stvin hat ein sehr kurzes Gedächtnis! Er hat insofern recht, wenn er Seligers gute und einwandfreie internationale Bestimmung hervorhebt. Aber vergißt er ganz, wer der Träger der Bewegung für das Selbstbestimmungsrecht des tschechischen Volkes war? Vergißt er, wer mit der ganzen ihm innemahnend u. Energie unser gutes Recht, über unser Schicksal selbst zu bestimmen, verfehlt? Vergißt er, wie Genosse Seliger in seiner berühm-

ten die zweite Etappe, den sogenannten „großen Plan“, der in einem neuen Bezugssystem und einer neuen Dienstprognostik bestehen wird, wird die Regierung erst dann herantreten können, bis die Wirkungen des Gesetzes über Sparmaßnahmen in der öffentlichen Verwaltung sichtbar werden, die eine Reduzierung der Staatsangestellten zur Folge haben werden.

Zwei weitere Gelehenwürde. Nachtragskredit für die Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Die Regierung legte heute einen Gesetzentwurf vor, wodurch für das Jahr 1924 ein Nachtragskredit in der Höhe von 375.000.000 Kronen für die Kriegsbeschädigtenfürsorge angesprochen wird. Dies bedeutet aber in Wirklichkeit keine neue Ausgabe, da es sich ausschließlich um Nachzahlungen nach dem Gesetz vom 20. Jänner 1920 und der Novelle vom 25. Jänner 1923 handelt, auf welche Bezüge die Kriegsbeschädigten einen gesetzlichen Anspruch hatten, die jedoch aus „technischen Gründen“ nicht rechtzeitig ausbezahlt werden konnten. Die erhöhten Ausgaben erschöpfen noch lange nicht die Ersparnisse, die in den Jahren 1920 bis 1922 gerade dadurch gemacht wurden, daß den Kriegsbeschädigten die Renten nicht rechtzeitig angewiesen wurden.

Handelspolitisch-ermächtigungsgesetz.

Durch eine heute überreichte Gesetzesvorlage wird die Regierung ermächtigt, mit Zustimmung des Präsidenten der Republik die Handelsverträge mit dem Auslande, die in der Zeit vom 1. Jänner 1924 bis 30. Juni 1925 abgeschlossen werden, provisorisch in Kraft zu setzen.

Die bisherige diesbezügliche Ermächtigung bezog sich nur auf die im 1. Jänner 1924 abgeschlossenen Verträge. Es handelt sich bei der neuen Ermächtigung um den Zusatzvertrag mit Oesterreich vom 27. November dieses Jahres, ferner um den Zusatzvertrag zum Handelsvertrag mit Frankreich.

gewordenen ersten Parlamentstredie die nationale Autonomie forderte? Vergißt Stvin, wie demogisch er — Stvin — über die „unglückselige Politik“ Seligers klagte? Zu seinen Lebzeiten war Seliger Nationalist, nach seinem Tode ein Schwärmer für die tschechische Koalitionspolitik. Beides ist gleich unwahr und absurd.

Was sollen wir demgegenüber dazu sagen, wenn Gen. Dr. Soukup in einer Rede behauptet, die Unterredung mit Seliger unumittelbar nach dem Umsturz sei an dessen unmöglichen Forderungen gescheitert? Warum teilt uns Soukup diese Forderungen nicht mit? Seliger fordert eine Art Waffenstillstand und Gottesfrieden bis zur Regelung der staatsrechtlichen Verhältnisse. Und die Erfüllung dieser Forderung war unerhört, war unmöglich? Unmöglich vieleicht für einen Rasin, aber unmöglich für einen Sozialdemokraten? Ich erlaube mir nur, daran zu erinnern, daß Minister Dr. Benes selbst unser Verhalten bis zum Friedensschluß, also bis zum September 1919, für berechtigt anerkannte. Und Benes ist kein Sozialdemokrat!

Und was soll man dazu sagen, wenn Gen. Dr. Soukup weiterhin sich mit „Mangel an Zeit“ dafür ausbreitet, daß man alle grundlegenden Gesetze, darunter die Verfassung, beschlohe die Deutschen überhaupt und die deutschen Arbeiter insbesondere heranzuziehen? Es ist wahrlich schwer, keine Satire zu schreiben. Und es ist ungemein schmerzhaft für uns, konstatieren zu müssen, daß an all dem Unrecht, an all der Gewalt, die an uns verübt wurde, die tschechischen Genossen, wenn schon nicht aktiv, so doch passiv teilnahmen.

Ich habe mich bemüht, die Anwürfe, die gegen Seliger sind, das Andenken unserer verstorbenen Führer zu beschützen, sachlich zu entkräften. Aber ich halte es für notwendig, auch etwas über die moralische Seite der Sache zu sagen. Wann in aller Welt war es unter gesitteten Menschen und Parteien üblich, die Toten gegen die Lebenden auszuspielen? Für mich ist eine solche Kampfmethode ein Verbrechen für den Verfall politischer Sitten und für die Schwäche sachlicher Argumente.

Ich glaube heute noch, daß die tschechische sozialdemokratische Partei und die für sie verantwortlichen Genossen diese niedrige Kampfmethode einiger Rodaklore ebensowenig billigen, wie die Führer der deutschbürgerlichen Parteien den moralischen Verfall gewisser Schriftsteller. Aber es wäre höchste Zeit, das insbesondere die tschechischen Genossen dieser Mißbilligung deutlichen Ausdruck geben. Sie tragen sonst die Mitschuld an der Vergiftung unseres öffentlichen Lebens, an der Entweitung der Luft zwischen den sozialdemokratischen Parteien.

Alle die Chronenmänner von beiden Seiten mögen zur Kenntnis nehmen, daß genau so wie dies Seliger und Cermak taten, auch Cech und Hillebrand, Wohl und Ich und wir alle die nationale Einheitsfront mit der gleichen Entschiedenheit ablehnen, wie wir den Tag als den glücklichsten unseres Lebens ansehen würden, an dem die sozialdemokratischen Parteien des Landes einig und geschlossen ihren natürlichen Gegnern gegenüberstehen. Bis dahin aber kann nichts uns abhalten das Andenken unserer verstorbenen Vorläufer vor Beschuldigung und politischer Leichenhändlung von wo immer sie kommen möge, zu schützen!

Kleinbürgerliche Irrgänge.

Die Beratungen über die Neuregelung der Staatsbeamtenbezüge haben in der Öffentlichkeit lebhaftes Echo gefunden. Man könnte es beinahe als auffallende Erscheinung werten, daß die Lohnkämpfe der Staatsbeamten und Angestellten größeres Aufsehen erregen als die selbst der stärksten Gewerkschaften der Industrie- und Bergbauarbeiter. Unter den Staatsbeamten ist es wieder die verhältnismäßig kleine Schicht der Beamten mit Hochschulbildung, die am lautesten von sich reden macht, Montag fand in der Produktionsbörse in Prag eine Protestversammlung dieser Beamtenkategorie statt, in der sich der Groll der schlechtbezahlten und von der Regierung ewig an der Nase herumgeführten Beamten in stürmischen Angriffen auf die Regierungskoalition und einzelne Minister Luft machte. Die Vorgänge in dieser Versammlung sind aber symptomatisch für den kleinbürgerlichen Geist und die Verwirrenheit, die leider in den Köpfen der Intellektuellen plattgegriffen haben und verdienen, einer eingehenden Kritik gewürdigt zu werden.

Die Beamten, die doch das Hauptkontingent der nationaldemokratischen Partei stellen, die das Regierungssystem dieses Staates, soweit es auf die Tschechisierung der deutschen Gebiete hinwirkt, begrüßt und gefördert haben, die als Lehrer, Abonnementen und Mitarbeiter der chauvinistischen Presse für die geistige Verfassung des heutigen Tschechen in hohem Maße verantwortlich sind und die wahrscheinlich auch bei den nächsten Wahlen zu neunzig Prozent ihre Stimmen für Kratochvíl abgeben werden, spielen in der Versammlung die „Revolutionäre“. Sie begrüßten den nationaldemokratischen Abgeordneten Sukavský mit Panbarufen, schimpften über die Pösta und — vor allem über die Sozialisten in der Koalition! Im Laufe der hiesigen Debatten wurde es immer deutlicher, daß sich der Unwille der Beamten mit Hochschulbildung zum großen Teil gar nicht gegen das Reaktionäre an diesem Staate richtet, sondern gegen die spärlichen demokratischen Errungenschaften, die ihm vor dem alten Oesterreich auszeichnen. Nicht ihre materiellen Sorgen lassen die Beamten so radikal werden, sondern eher das Gefühl, als Nachhaber im öffentlichen Leben ausgepielt zu haben. Sie schimpften über die Krankenkassenobmänner und Parteisekretäre, die im Staate „regierten“, beklagten sich über die „harte sozialistische Faust“ und forderten ganz offen ein — Beamtenregiment! Nun ist unsere Verwaltung keineswegs so demokratisiert, daß die Beamten keinen Einfluß auf die Verwaltung der Ämter hätten. Und so sehr wir die Wünsche der Beamten nach finanzieller Besserstellung begreifen und so warm wir für sie eintreten, so sehr muß jede sozialistische Partei dagegen ankämpfen, daß das hiesige armselige Demokratie, das es in diesem Staate gibt, nicht noch weiter zu Gunsten eines bürokratischen Herrschaftssystems verfaßt wird. Diese Beamenschaft, die Montag so laut demonstrierte, ist ganz in den kleinbürgerlichen Ideologien der nationaldemokratischen Partei oder vielmehr des Stimmviehs dieser Partei befangen, daß jede Opposition, die in ihren Reihen entsteht, sich gegen die Sozialisten wendet und eine Reform des Staates nur im reaktionären Sinne für sie vorstellbar ist. Die Bilsner „Rova Doba“ hat in einem Leitartikel „Falsche Tränen“ die Sympathie der nationaldemokratischen Presse für die Beamten ins rechte Licht gesetzt. Sie hat darauf hingewiesen, daß die Nationaldemokraten ganz absichtlich die Beamten mit Hochschulbildung bevorzugen, um in die Beamenschaft selbst Zwiespalt zu tragen und um in den höheren Beamtenkreisen einen bürokratischen Geist großzuzüchten. Die Beamten, die den Nationaldemokraten auf den Beinen gehen, werden sich ins eigene Fleisch schneiden. Sie werden entweder den Kratochvílen wieder ihre Stimme geben und dadurch jene Richtung in der Koalition stärken, die den Beamten Hungerlöhne zahlen und ihnen als Entgelt allenfalls einen größeren Einfluß und mehr „Ansehen“ in den Ämtern einräumen möchte, oder sie werden eine eigene Partei gründen und auf diesem typisch kleinbürgerlichen Wege nur erreichen, daß Zehntausende von Kopfarbeitern und Proletariern ihre Stimmen verstreuen, ohne daß sie irgend einen Einfluß auf die Politik nehmen können. Von dem einzig richtigen Wege, dem Eintritt in die sozialdemokratische Partei und der Beeinflussung der Politik dieser Partei durch aktive Mitarbeit in ihren Reihen sind die Beamten weit entfernt. Sie haben zwar auch erwähnt, daß man für das Militärbudget zu viel Geld auswirft, fanden es aber noch viel ungehöriger, daß dem Ministerium für soziale Fürsorge hundert Millionen über das vorgesehene Maß zugewiesen wurden. Die Rundgebung der höheren Beamten triefte vom Haß gegen das Proletariat und die sozialistischen Parteien und ihre Resolutionen und Proteste strotzen vor Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse und des wahren Wesens ökonomischer und politischer Herrschaftsverhältnisse. Es sind radikalste Kleinbürger, die mit ihrem Geschrei offene Türen einrennen und ihrer eigenen Sache nur schaden.

Allerdings sollten die tschechischen sozialistischen Parteien nicht so wie etwa das „Pravo Lidu“ es andeutet, über diese Frage zur Tagesordnung übergehen. Damit, daß man von gemeinen Angriffen auf die Republik spricht und so die Beamten reizt, bei nächster Gelegenheit ihre patriotische Gesinnung umso eifriger durch nationaldemokratische Parteigänger zu betätigen, ist es nicht getan. Auch die Drohung des Ministers

Stitz, man müßte den Beamten das Wahlrecht entziehen, ist natürlich nur darnach angehen, die Beamten noch mehr gegen die sozialistischen Parteien in Barnisch zu bringen. Die tschechischen sozialistischen Parteien sollten sich die Erscheinung, daß die Beamten in ihren wirtschaftlichen Interessen ihren Anwalt in den reaktionärsten bürgerlichen Parteien suchen, etwas gründlicher zu erklären suchen. Sie würden dann finden, daß sie durch die bedingungslose Gefolgschaft, die sie den Kapitalisten leisteten, selbst viel zur Verwirrung der Köpfe beigetragen und das Vertrauen vieler Proletarier zerstört haben. Sie müßten jetzt durch rückhaltloses Eintreten für die wirtschaftlichen Forderungen der Beamten diesen den Weg zu ihren Klassengenossen zeigen und die durch die jahrelange Koalitionspolitik verwischten Klassengrenzen im tschechischen Volk wieder schärfer betonen. Für die denkenden Beamten könnte die Veranlassung in der Produktenbörse und ihr grotesker Verlauf ebenso eine Lehre sein wie für die tschechischen sozialistischen Parteien.

Inland.

Landesverteidigungsminister und Demokratie.

Während im Abgeordnetenhause die Staatsbeamtenvorlagen beraten werden, ist innerhalb der Koalition wieder einmal eine Raubjagd im Gange. Die tschechisch-bürgerlichen Blätter greifen den Minister für soziale Fürsorge Sabran an, weil das Ministerium für soziale Fürsorge den Kriegsbeschädigten um 370 Millionen Kronen mehr ausbezahlt hat als im Voranschlag vorgesehen war. Das Vorgehen des Ministeriums für soziale Fürsorge wird vom „Pravo Lidu“ damit begründet, daß es sich um gesetzliche Ansprüche der Kriegsinvaliden handelte, die nicht früher befriedigt werden konnten, weil die begünstigten Beamten das ungeheure Material erst jetzt aufarbeiten konnten. Nach dem bekannten Sprichwort, die beste Verteidigung ist der Angriff, dreht das „Pravo Lidu“ den Spieß um und wirft dem Landesverteidigungsminister Udrzal vor, daß er den Beamten des Ministeriums für Nationalverteidigung 19.804.000 Kronen ausbezahlt ließ, ohne Parlament und Ministerrat zu befragen. Das „Pravo Lidu“ bemerkt dazu:

„Wir anerkennen, daß die Gehälter der Offiziere und Militärgastisten wie auch der Angestellten im Ministerium für nationale Verteidigung unmöglich niedriger sind und unsere Genossen haben schon einigemal darauf hingewiesen. Aber es ist Sorge und Pflicht des Parlaments hierfür die nötigen Mittel zu bewilligen. Daß aber der Herr Minister für nationale Verteidigung sich den Voranschlag „auszuweitern“ läßt und dann aus den Ueberschüssen auf ungesetzliche Art die Offiziere entlohnt, damit er in ihren Augen sein Prestige erhöht, ist ein unmögliches Vorgehen und es wird noch davon gesprochen werden müssen.“

Wie man sieht, sind es nette Methoden, die sich die Herren Minister in der Zeit der Koalitionsdiktatur angewöhnt haben.

Die Notwendigkeit der Reform der Staatsverwaltung. In einem Vortragsaufsatz besprechen die „Lidove Robini“ die im Parlament eingebrachten Staatsbeamten Gesetze. Zunächst wird ausgeführt, daß ein Vergleich der Zahlen der Staatsbeamten im alten Oesterreich und in der Tschechoslowakischen Republik nicht stichhaltig sei, weil die Grundlagen der bezüglichen Statistik vor dem Kriege andere waren als heute (so sind in den bezüglichen Ziffern im alten Oesterreich die Staatsarbeiter nicht aufgenommen) und weil die Aufgaben des Staates nach dem Kriege bedeutend größere sind als vorher. Zum Schluß wird dann ausgeführt, daß die Hauptaufgabe die Reform der Staatsverwaltung sei, und das System der überfüllten Einbringung so wichtiger Gesetze scharf kritisiert. Das Blatt schreibt:

„Daß wir unweidmähig viel Staatsangestellte haben, ist nur insofern Wahrheit, als daß wir eine unweidmähige veraltete Verwaltung haben. Erst ein Plan ihrer Reform kann verlässlich darüber Aufschluß geben, wieviel Staatsangestellte notwendig sind. Das mechanische Dezimieren der Staatsangestellten ist Wirklichkeit, Reform und Verbesserung der Verwaltung ist auch in den bezüglichen Vorlagen nur eine Rahmentheorie, also leeres Gerede. Ohne diese Reform kann der Abbau in der Verwaltung Verwüstungen anrichten, zu Schandrian und Unordnung führen, mit deren Beseitigung nicht einmal unser nachsichtiger und geduldiger Ministerpräsident bis zu seinem berühmten Samstag warten kann. Das heutige Regime wirft dieses Problem auf den Tisch des Hauses in der letzten Woche des Jahres, in der es das Haus erlebigen soll und dies ohne Vorbereitung und nachlässig. Es bleibt konsequent — irgendwie war es, irgendwie wird es sein, bei uns geht es im allgemeinen gut oder wenigstens nicht schlecht. Es steht das fast wie ein Rätselraten aus, die Antwort darauf ist aber nicht die, daß wir gut regiert werden. Unsere große staatliche Fähigkeit muß darin liegen, daß wir gut regieren. Bis wir unsere Verantwortlichkeit und Gebud mit scharfer Kritik verbinden werden, werden unsere Regierungen gut regieren. Bis heute aber — schade um jedes Wort. Der durchgepeitschte Staatsvoranschlag, die durchgepeitschten Beamtenvorlagen sind ein Anlaß, ein Blicken nach unten über unser Regiments- und Parteiensystem.“

Heber die Gemeindevahl in Pölsau, über die wir gestern bereits berichteten, verdient noch folgendes bemerkt zu werden: Daß der kommunistischen Spaltungssache ist die sozialistische Majorität in Pölsau verloren gegangen. Im Jahre 1919 eroberte

Die Sozialdemokraten bereit, ein Kabinett Marx zu unterstützen.

Parteienempfang bei Ebert. — Kabinettsbildung durch Stresemann ausfallslos. — Eine zweite Regierung Marx wahrscheinlich.

Berlin, 16. Dezember. (Eigenbericht.) Der Reichspräsident empfing heute zuerst den Reichstagspräsidenten und danach den Genossen Hermann Müller, der die Erklärung abgab, daß nach der Auffassung der sozialdemokratischen Partei die Fortführung der Außenpolitik des Kabinetts Marx erforderlich und daß die sozialdemokratische Partei bereit sei, das Kabinett Marx zu unterstützen, weil dadurch die Garantie für die Fortführung der bisherigen Außenpolitik am besten gewährleistet sei.

Hierauf wurde der Vertreter der Deutschen Nationalen empfangen, der für seine Faktion den Anspruch auf die Regierungsbildung anmeldete. Die endgültige Stellungnahme seiner Partei bezieht er sich vor. Der Vertreter des Zentrums erklärte, daß seine Faktion die aktive Beteiligung an einem Bürgerblock ablehne. Die Demokraten sprachen sich für die große Koalition aus.

Morgen dürfte der Reichspräsident den Außenminister Stresemann empfangen; es ist damit zu rechnen, daß ihm der Auftrag zur Regierungsbildung übergeben wird. Es erscheint jedoch ausgeschlossen, daß ihm das geschehen wird, selbst wenn er eine sogenannte überparteiliche Persönlichkeit für die Übernahme der Regierung fände. Es spricht also alles dafür, daß auf Umwegen die Regierung Marx doch wieder die Geschäfte übernimmt.

* * *

Leichenfeld verzichtet...

Berlin, 16. Dezember. (Eigenbericht.) Aus München wird von der bayerischen Volkspartei die Nachricht verbreitet, daß sie nicht davon denke, in der Person des Grafen Leichenfeld, der ihr Vormitglied ist, einen Vorkämpfer zu stellen, der später von Stresemann beiseite gedrängt würde.

Amnestiefrage in der französischen Kammer.

Die Amnestie Caillaux und Rabys angenommen.

Paris, 16. Dezember. Die Deputiertenkammer behandelte heute vor- und nachmittags das Amnestiegesetz. Die Debatte wurde besonders bei Behandlung des Artikels II, der sich auf den Fall Caillaux und Rabys bezieht, lebhaft. Schließlich nahm die Kammer in der Nachmittags-Sitzung den Artikel II über die Amnestie für Caillaux und Rabys mit 347 gegen 196 Stimmen an, und setzte die Behandlung der weiteren Artikel des Amnestiegesetzes fort.

Besserung Herriots.

Paris, 16. Dezember. Die Besserung im Gesundheitszustand des Ministerpräsidenten Herriot hält weiter an. Trotzdem wird aber der Ministerpräsident noch durch einige Tage ans Bett gefesselt sein.

Die Kommunisten verhehen die Wiener Arbeitslosen.

Gründliche Absuhr einer kommunistischen Deputation durch sozialdemokratische Abgeordnete.

Wien, 16. Dezember. (Eigenbericht.) Heute vormittag hat in der Volkshalle eine von mehr als 2000 Personen besuchte Arbeitslosenversammlung stattgefunden. Nach der Versammlung begab sich ein Zug zur Arbeiterkammer, wo sie den Vertretern der Arbeiterkammer ihre Forderungen mitteilen, die nach 20prozentiger Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung und einer Weihnachtsremuneration gehen. Hierauf begaben sie sich zum Parlament, wo sie eine Deputation in den sozialdemokratischen Abgeordnetenklub schickten. Diese Deputation war von zwei Kommunisten geführt.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten empfingen die Abordnung und erklärten, daß sie ohnedies unablässig an der Hilfe für die Arbeitslosen tätig seien, und erst jetzt wieder eine Erhöhung der Unterstützung um durchschnittlich 10 bis 12

prozent durchgesetzt haben, die gerade in diesen Tagen in Kraft getreten ist. Es werde also schwer sein, angesichts der augenblicklichen Wirtschaftslage noch weitere Forderungen durchzusetzen. Als die kommunistischen Führer der Deputation erklärten, es gäbe auch außerparlamentarische Mittel, verwiesen sie die sozialdemokratischen Abgeordneten darauf, ob sie den Gewerkschaften zumuten würden, zur Erlangung einer Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung etwa einen Generalstreik zu unternehmen. Darauf gaben die Kommunisten keine Antwort, sondern erklärten, daß es den Sozialdemokraten an gutem Willen fehle. Sie müßten sich darauf von den Sozialdemokraten beföhren lassen, daß alle Erfolge für die Arbeitslosen nur der Tätigkeit der Sozialdemokratie zu verdanken seien, während die Kommunisten die Arbeitslosen stets nur zu deren Nachteil mißbrauchten. Sie erklärten den Kommunisten, daß sie keine Verantwortung dafür tragen, wenn die Kommunisten den Arbeitslosen irgend etwas vormachen. Die kommunistischen Vertreter der Deputation waren über diese Wahrheit sehr entrüstet und entfernten sich schnell.

Ausland.

Die österreichische Sozialdemokratie und die Agrarfrage.

Der Parteivorstand der österreichischen Sozialdemokratie hat gemäß dem auf dem Salzburger Parteitag gefaßten Beschluß eine agrarpolitische Kommission eingesetzt, der die Genossen Doktor Bauer, Dr. Donath (Luz), Vogl (Wittring in Kärnten), Gföller (Graz), Parterer (Weiden am See, Burgenland), Mentasti (Zooz), Morawitz, Adolf Müller Pölzer, Dr. Renner, Schär, Schwebelger, Schneidmader, Weber und Doktor Rudolf Weiß angehören; diese Kommission hat sich am 13. d. konstituiert, zu ihrem Obmann wurde Genosse Bauer, zu dessen Stellvertreter Genosse Schneidmader und zum Schriftführer Genosse Schär gewählt. Die Kommission hat beschlossen:

1. Siebzehn Referate über die wichtigsten Ein-

zelragen der Agrarpolitik durch sachkundige Personen ausarbeiten zu lassen. Diese Referate sollen die Ansichten innerhalb der Partei über die einzelnen Probleme der Agrarpolitik klären, die in der Landagitiation tätigen Genossen mit den notwendigen geistigen Waffen ausrüsten und die Ausarbeitung eines Agrarprogramms vorbereiten; 2. die Referate, soweit sie dazu geeignet sein werden, im Rahmen einer agrarsozialistischen Bülcherei in Druck legen zu lassen und herauszugeben; 3. ein literarisches Komitee einzusetzen, das diese Arbeiten zu leiten hat; 4. die Ausarbeitung eines Agrarprogramms zu vertagen, bis durch das Einlangen und die Veröffentlichung der Referate die notwendigen Vorarbeiten dafür geleistet sein werden.

Interalliierte Generalinspektion des österreichischen Bundesheeres.

Wien, 16. Dezember. (M.) Amlich wird mitgeteilt: Um die militärische Kontrolltätigkeit in Oesterreich abzufähigen, hat die Vorkonferenz eine Generalinspektion durch das Liquidationsorgan des interalliierten Heeresüberwachungsanschlusses verfügt und dazu dieses Organ um mehrere französische, britische und italienische Offiziere verstärkt. Diese Generalinspektion wird schon in den nächsten Tagen beginnen und sich sowohl auf das Bundesheer als auch auf die Privatindustrie erstrecken.

Zusammenarbeit der skandinavischen sozialdemokratischen Parteien.

Christiania, 16. Dezember. (M.) Die Vertreter der sozialdemokratischen Parteien Schwedens, Dänemarks und Norwegens hielten in Christiania Beratungen über politische und administrative Fragen der sozialdemokratischen Bewegung in Skandinavien. Der „Social Demokraten“ schreibt, es sei einstimmig beschlossen worden, eine intimer Zusammenarbeit der sozialdemokratischen Parteien Skandinaviens zu inaugrieren, und zwar in der Weise, daß ein jedes der skandinavischen Länder, unter Umständen auch Finnland, je zwei Vertreter nominieren, die einen Ausschuß für skandinavische Länder bilden würden.

Neuer Wahlsieg der freien Gewerkschaften in Oesterreich. Bei den Wahlen der Vertrauensmänner der österreichischen Gen darmerie hat die freie Gewerkschaft einen großen Sieg errungen. Von 5225 abgegebenen Stimmen entfielen auf die Kandidaten der freien Gewerkschaft 4283. Auf die gelbe Berufsvereinigung entfielen 564 Stimmen. Im vorigen Jahre hatten die Gelben von 171 Mandaten noch neun erhalten, diesmal von 180 nur sechs. In Wien sind bei der Bahngendarmerie auf die freie Gewerkschaft 359 Stimmen entfallen, auf die Gelben nur eine einzige. In den andern Ländern mit Ausnahme von Oberösterreich, wo auf die Gelben ein Viertel der Stimmen entfiel, und von Tirol, das ungefähr das gleiche Ergebnis zeigt, haben die Gelben rund höchstens zehn Prozent aller Stimmen erhalten.



Samuel Gompers, der kürzlich verstorbene Führer der amerikanischen Gewerkschaften.

Tages-Neuigkeiten.

Was tut die K. P. O., damit die Partei das erfüllt, was die Arbeiter-

schaft von ihr erwartet?

Nach diesem aufregenden Titel, der gestern eine Notiz des „Rude Pravo“ zitierte, könnte jeder naive Leser glauben, daß ihm das kommunistische Zentralorgan in diesem Staate nun endlich einmal mitteilen wird, woran es eigentlich in der K. P. O. fehlt, da diese doch gar nicht mehr in Schramm kommen will. Und der Leser — eben nur der naive Leser — hofft, diesmal keinen der obligaten Auftrags zu lesen, durch die die K. P. O. nun schon seit Jahren fanatisiert werden soll.

Es ist auch diesmal wirklich nichts Obliges, das den Stoff abgab für die Notiz mit dem so aufregenden Titel: die Kommunisten glauben tatsächlich, endlich einbuddet zu haben, woran es bisher in ihrer Partei gemangelt hat. Und das ist: eine wirkungsvolle Weihnachtsnummer des „Rude Pravo“! Nach den Befehlen der Parteizentrale müssen — so erfährt man aus der Notiz — alle Organisationen und Zellen sofort Plenarversammlungen einberufen, damit die Bestellungen für die Weihnachtsnummer noch bis zum 20. d. M. bei der Administration eingelangt sind. Zum Schluß werden alle Vertrauensmänner und Parteimitglieder „nochmal daran erinnert“, daß die Vorbereitung der kommunistischen Presse eines der wichtigsten Voraussetzungen der Volkshewisierung der Partei ist, damit diese imstande ist, das zu erfüllen, was das arbeitende Volk von ihr erwartet!“

Ein jeder, der diese erlösende Notiz gelesen hat, wird es den geistigen Proleten im Reichsberger „Vorwärts“ nachfühlen, daß sie jetzt grübeln müssen vor Reiz über die Ausnahmestellung, die das „Rude Pravo“ mit einem Schläge bei der Arbeiterschaft einnehmen wird. Ist doch der „Vorwärts“ nicht imstande, gleich dem „Rude Pravo“ so geistvolle Feuilletons über kommunistische Parteitage zu bringen oder durch Notizen, Skizzen (Epitaph) benannt, die den Unterhaltungsston in Nachfolgenden und Jubelherzschäumen so gut wiedergeben, die Volkshewisierung der Partei zu fördern. Im übrigen weiß jetzt die Arbeiterschaft, wie krankehaft sich die K. P. O. bemüht, die in sie gesetzten Hoffnungen zu erfüllen. Kaufe also jeder die Weihnachtsnummer des „Rude Pravo“ — die Weltrevolution, wie jene sie meinen, kann dann nicht ausbleiben!

Der kluge Bischof und der verrückte Pfarrer.

Der Pfarrer von Fribourg war unter seinen Amtsbrüdern ein weißer Hase. Er begnügte sich mit den Einnahmen, die ihm der zu seiner Pfarre gehörige Grund und Boden brachte. Kirchliche Zeremonien und geistlichen Jurisprudenz leistete der Pfarrer, der guter Hirte zu sein sich bestrebe, dem Schäflein umsonst. Mit besorgnis betrachtete ein Episkopat von Neutra diese Vorgänge; es mußte sich sagen, wenn die Handlungsweise des Friburger Pfarrers bekannt würde, würden die Gläubigen überall darauf drängen, daß kirchliche Zeremonien umsonst geleistet würden; denn wenn der eine Pfarrer von sein Feldern leben kann, warum sollten die anderen es nicht auch können. Also befohl der Bischof von Neutra dem Pfarrer von Fribourg, Gebühren einzuhelfen. Der Pfarrer erklärte aber, von seinen sonstigen Einkünften leben zu können; überdies hatte er es für seine Pflicht, von den armen Bauern (es leben meist Häuser und Kleinbauern in Fribourg) keine Gebühren einzutreiben. Jedoch der Bischof war anderer Meinung; Geschäft ist Geschäft und man wird sich doch von irgend einem „Idealisten“ nicht das Geschäft verderben lassen. Also wurde der Pfarrer für verrückt erklärt. Nachdem der Bischof den Pfarrer los war, ging er daran, den „Schaden“, den der Pfarrer angerichtet hatte, wieder gutzumachen. Er versuchte die Gebühren, die der Pfarrer nicht eingehoben hatte, einzutreiben; aber die Gläubigen, die gesehen hatten, daß der Pfarrer auch ohne Nebengebühren leben könne, weigerten sich, unter Hinweis darauf, zu zahlen. Aber ein Bischof weiß sich zu helfen; er kennt ja seine braven Slowaken. Er verhängte über die Pfarrgemeinde einfach das Interdikt. In den betreffenden Orten darf kein katholisches Begräbnis, keine Taufe oder sonstige kirchliche Zeremonie stattfinden. Die bigotten Slowaken werden sicherlich zu Kreuze kriechen (im wahren Sinne des Wortes) und zahlen. Wenn sie aber verständig wären, würden sie nicht zahlen und auf alle kirchlichen Zeremonien, aus denen sich der Bischof ohnedies nur ein Geschäft macht, verzichten.

Verkaufung des Naphtha-Schlupfes in der Tschechoslowakei an eine Privatgesellschaft? Wie die „Tribuna“ erfährt, hat der Ministerrat in den letzten Tagen dem Obersten Honoré Boudage, Direktor der „Société de Pétrôle et Combustibles“ in Paris als Vertreter einer französisch-belgisch-englischen Finanzgruppe, das ausschließliche Recht verliehen, in bestimmten Gebieten der Tschechoslowakei, insbesondere in der Slowakei und Karpathenland, nach Naphtha zu schürfen. Bisher war nach dem Gesetz aus dem Jahre 1920 der Regierung dieses Recht vorbehalten. Nun wird dieses Recht einer privaten Gesellschaft verliehen, die gezwungen ist, mindestens 25 Millionen zu investieren. Statt daß der Staat seine Hand auf den möglichst weitgehenden Petroleumreichtum der Tschechoslowakei legen sollte, veräußert er den Reichtum des Landes an Kapitalisten.

Im Zeichen des Gummistifts. Wie die „Tribuna“ erfährt, wird an den kompetenten Stellen wegen Ergänzung der Ausrüstung der Gendarmerie durch Gummistift verhandelt. Vorläufig wird nur für Karpathenland daran gedacht. Es ist noch nicht sicher, ob der Stift als Waffe oder bloß als Verteidigungsmittel angesehen werden wird. Bekanntlich muß sich jeder Wachmann oder Gendarm nach der Anwendung der Waffe einer Untersuchung unterziehen, ob das betrafene Eingreifen begründet war. Schußmittel könnten aber benutzt werden, ohne daß eine Untersuchung folgen würde. Ein eventueller Übergriff würde über Anzeige oder Beschwerde eines mit Unrecht Betroffenen untersucht werden.

Massenversammlungen der öffentlichen Angestellten in Karlsbad und Reudel. Vorige Woche fand im Schützenhause in Karlsbad eine Versammlung aller Kategorien von öffentlichen Angestellten statt, die von über tausend Personen besucht war. Die Versammlung begleiteten die Ausführungen der Referenten, des Genossen Abg. Grüniger, des Obmannes der Postingenieurvereine und des Sekretärs der öffentlichen Angestellten Genossen Dr. Hahn mit stürmischer Zustimmung. Auch in Reudel bei Karlsbad fand dieser Tage eine Versammlung der öffentlichen Angestellten statt, die gleichfalls einen Massenbesuch auswies. In beiden Versammlungen wurde eine Resolution angenommen, in der es unter anderem heißt:

Die Versammelten protestieren auf das schärfste gegen die absolut ungerechte Bemessung der in Aussicht genommenen Zuschüsse, die jenen in erhöhtem Maße zukommen sollen, die im Jahre 1923 die geringste Einbuße an Bezügen erlitten haben.

Sie erheben den schärfsten Protest dagegen, daß die Gehaltszulagen um zirka 20 Prozent wiederum auf der Grundlage der alten Gehaltsstufen erhöht werden sollen, da diese in Aussicht genommene Erhöhung der Mietzinsen nicht entspricht.

Die Versammlung protestiert gegen die Vorlage des Gesetzesentwurfes bezüglich der Einschränkung der Zahl der Staatsangestellten, nachdem zur Beratung über die Grundlagen dieses Antrages die Vertreter der Organisationen der Angestellten und Beamten seitens der in Betracht kommenden Faktoren nicht gehört wurden. Sie protestieren besonders aus dem Grunde, weil dieser Arbeitskräfteabbau nach Meldung der tschechischen Presse insbesondere zum Zwecke der Säuberung des Staats- und öffentlichen Dienstes von deutschen Staatsbürgern erfolgen soll und weil die autonomen Körperschaften gezwungen werden, denselben Vorgang rücksichtlich ihrer Angestellten und Arbeiter einzuhalten und außerdem, daß sie die Über-

führung des definitiven Dienstverhältnisses in ein Vertragsverhältnis durchführen sollen.

Die Versammlung spricht dem Kartell der Verbände öffentlicher Angestellter und seinen parlamentarischen Vertretern für das bisherige, tatkräftige Wirken und Eintreten für die Forderungen und Interessen der Staats- und öffentlichen Angestellten Eisenbahner, Postler und Lehrer, das uneingeschränkte Vertrauen und den Dank aus.

Die Versammelten geben gleichzeitig der Ueberzeugung Ausdruck, daß sowohl das Kartell der Verbände öffentlicher Angestellter wie auch seine parlamentarischen Vertreter, den Staats- und öffentlichen Angestellten Eisenbahner, Postler und Lehrer, in ihrem harten Kampfe auch fernerhin bestehen und tatkräftig unterstützen werden.

Vom Zuge überfahren. Der Zugbegleiter Franz Dikrenta wurde in Oberberg auf dem Bahnhofssteig in schwerverletztem Zustande aufgefunden. Er mußte sofort ins Krankenhaus überführt werden. Wahrscheinlich wollte er auf einen losfahrenden Zug aufspringen, sprang aber so unglücklich, daß er unter die Räder fiel, wobei ihm der linke Fuß abgefahren wurde.

Brüg-Lozofiger Verbindungsbahn. In der am 12. ds. in Prag abgehaltenen außerordentlichen Hauptversammlung dieser Bahn, in welcher 4304 Aktien (von 6373 bestehenden) vertreten waren, wurde nach der Erklärung einiger Vertreter von Selbstverwaltungskörpern, daß sie keine Kenntnis von dem Verlangen der Regierung auf Uebernahme der Stammaktien ohne Entschädigung hatten und erst Befehle einholen müßten, der Beschluß gefaßt, eine neuerliche Hauptversammlung am 8. Jänner 1925 in Prag abzuhalten. Nach den Erklärungen der Regierungsvertreter ist an eine Entschädigung der Stammaktienbesitzer nicht zu denken.

Die Schiffsahrt auf der Moldau eingestellt. Der Dampfschiffverkehr auf der Moldau ist seit Samstag wegen Vereisung der Moldau eingestellt.

Unter der Straßenbahnradern geraten. In der Bobbdobrogasse in Prag-Litzow wurde Montag gegen 8 Uhr abends die 73jährige Anna Miller von der Straßenbahn zu Boden geschleudert und schwer verletzt.

Schulgebäude für Besatzungstruppen. Die „Frankf. Zig.“ schreibt: „Wir wissen im Augenblick nicht, wie viele Hunderte von Schulgebäuden des besetzten Gebietes von den fremden Truppen beschlagnahmt worden sind. Aber sicher handelt es sich hierbei um eine der härtesten Maßnahmen, unter denen die rheinische Bevölkerung zu leiden hat, und um eine der schwersten Sorgen für alle betroffenen Stadtverwaltungen. In Mainz hat man jetzt die Oberrealschule wieder freigegeben, nachdem die Schüler dieser Anstalt jahrelang in anderen Gebäuden und im Schichtwechsel unterrichtet werden mußten. Die Freigabe ist gewiß erfreulich und dankenswert. Aber immer noch sind in dieser doch wahrhaftig nicht großen Stadt vier umfangreiche Schulgebäude von den Besatzungstruppen völlig in Anspruch genommen: die beiden größten Volksschulgebäude, das neue Haus des Realgymnasiums und das neue Gymnasium. Mit acht weiteren, in anderen Schulhäusern requirierten Räumen sind dort im ganzen 138 Schulklassen beschlagnahmt. Wer diese Tatsache sich einmal durchdenkt, der wird ersticht sein über das schwere Unrecht, das solche Zustände Tausenden von Kindern einer einzigen Mittelstadt antun, doppelt ersticht bei der Vorstellung, daß viele Zehntausende rheinischer Kinder von derselben Not betroffen sind. Wer sich an Ort und Stelle umschau und umhört, wird seine schlimmsten Befürchtungen durch die Wirklichkeit bestätigt finden. Ein regelrechter ord-

nungsmäßiger Unterricht ist für die Schüler der betroffenen Anstalten einfach unmöglich. Durch die Verteilung der einzelnen Klassen auf die ganze Stadt haben die Kinder oft fast unenträglich lange, unbecueme und zum Teil nicht ungefährliche Wege zurückzulegen. Nicht weniger leidet das Familienleben und die häusliche Erziehung da in einer großen Reihe von Fällen Kinder der gleichen Familie zum Teil am Vormittag, zum Teil am Nachmittag die Schule besuchen, so daß die Eltern höchstens in den späten Abendstunden sie gemeinsam um sich haben. Die rheinische Bevölkerung würde aufatmen, wenn die Besatzungsbehörden den Weg, den sie jetzt in Mainz mit der Freigabe der einen von den fünf beschlagnahmten Schulen beschritten haben, weitergehen und wenn kulturelles Gewissen und Humanität sie veranlassen würden, auch die anderen Schulen, in Mainz wie sonst in den Rheinlanden, ihrer wahren Bestimmung zurückzugeben.“

An der englischen Küste raft ein Sturm von 40 Meilen Geschwindigkeit, der die Kanalschiffahrt bedeutend erschwert. Das von Boulogne kommende Boot mußte nach Dover umgelenkt werden, der holländische Dampfer „Orange-Rassau“ konnte erst auf dem Pier von Hollestone nicht landen, mußte nach dem Kanal zurückkehren, bei dem zweiten Versuch, als die Landungsmanöver von dem schweren Seegang gefährdet erschienen, kam es zu einer kleinen Kollision mit dem Pier; 70 Passagiere wurden gelandet.

Er hat es im Kino gesehen! In Mailand hat sich ein neunjähriger Knabe am Fensterkreuz erhängt. Er wurde im letzten Augenblicke entdeckt und in schwerverletztem Zustande ins Spital gebracht. Es scheint, daß er eine Szene, die er im Kino gesehen hatte, nachahmen wollte.

Das Grazer Familiendrama. Aus Graz wird gemeldet, daß die grauenvolle Tat des Rittmeisters Dammers größtes Aufsehen erregt. Nunmehr geht aus den Briefen, die der Rittmeister hinterlassen hat, hervor, daß er die Tat seit längerer Zeit im Einverständnis mit seiner Frau vorbereitet. Aus den Abschiedsbriefen ist zu schließen, daß seine Frau wünschte, daß alle drei Kinder ermordet werden, er jedoch das jüngste, Peterchen, am Leben zu lassen wünschte, was er auch tatsächlich tat. Dammers soll sich in finanziellen Schwierigkeiten befunden haben, da sich die Anzahlung einer im längst zuerkannten großen Erbschaft von Savanti in England durch das Verrechnungsamt verzögerte. Es ist allerdings traurig, daß gerade am Tage vor der Tat er von seinem Rechtsanwalt erfährt, daß die Auszahlung der Erbschaft nunmehr bevorsteht. Wie sich herausstellte, hat Frau Dammers bei der Erschießung der Kinder mitgeholfen, indem sie ebenfalls aus einer Pistole gleichzeitig mit ihrem Mann Schüsse auf beide Kinder abfeuerte; dann erschoss sie sich selbst. Frau Dammers hat bereits vor zwei Jahren Selbstmordabsichten geäußert.

Das amerikanische Riesenluftschiff. Admiral Mollet, der Chef des amerikanischen Luftschiffbauwesens, ergänzt seine Mitteilungen über den beabsichtigten Bau eines Riesenluftschiffes dahin, daß so große Maße in Aussicht genommen seien: Länge des Schiffes 785 Fuß, Durchmesser 180 Fuß, Fassung 6 Millionen Kubikfuß, Pferdekraft 3000, Leistungsdauer 134 Stunden. Sein Aktionsradius soll 7150 Seemeilen betragen, ohne daß das Luftschiff neuen Brennstoff an Bord nehmen müsse. Die Kosten werden mit höchstens sechs Millionen Dollar veranschlagt.

Riesenwollplage in Nordrußland. Zu einer solchen Wollplage wie jetzt kam es früher nach Moskauer Meldungen in Rußland auch in harten Wintern nicht. In dem ganz westlich gelegenen an-

Estland angrenzenden Gouvernemen Pskow sind allein im Kreise Porschow im Laufe einer Woche sieben Ueberfälle von Wollräubern auf Menschen vorgekommen. Aus Archangel kommt die Meldung, daß der Winter dort in strengster Form eingeschossen ist. Am nördlichsten Punkt dieses nördlichsten Gouvernements ist das Thermometer bis auf 33 Grad unter Null gefallen.

Besuch tibetanischer Priester in London. In London sind sieben tibetanische Lamas oder Priester angekommen, die von ihrem Kloster an den schwindelnden Hängen des Mount Everest herabgestiegen sind, um in Englands Hauptstadt den Everest-Film mit ihrer seltsamen Musik zu begleiten. Der „Manchester Guardian“ gibt ein interessantes Bild ihrer fremdländischen, in rote Gewänder und gelbe Schärpen gekleideten, mit seltsamem Schmuck behetzten Gestalten. Es ist die erste Gruppe aus jener geheimnisvollen Priesterschaft, die den Fuß auf europäischen Boden setzt. Ihr europäischer Begleiter, der Sohn des britischen Handelsagenten in Tibet, erzählt, wie schwer ihnen der abenteuerliche Entschluß wurde, ihr Kloster zu verlassen, wie fürchterlich aber erst die Schreden des Meeres. Unaufhörlich beteten sie zu ihren Göttern, um deren Fohn zu beschwichtigen, bis die Seekrankheit auch dies nicht mehr zuließ. Immer wollten sie in ihre Bergheimat zurück. Nun fangen sie langsam an, die Wunder der Zivilisation mit Furcht und Bitternis zu genießen. Ihr erstes Staunen: die Wunderwagen, in die man sie setzte, als sie das Schiff verließen — die sich von selbst bewegen und den Menschen hinbringen, wo er will! Man möchte die Weltreisenden hören, wenn sie einfliegen gleich sieben Hühnern, in die Heimat zurückkehren und anfangen zu erzählen.

Der Diamantenreichtum der Welt. Eine Statistik der Belgischen Geographischen Gesellschaft sucht den Gesamtwert aller Diamanten abzuschätzen. Danach gibt es gegenwärtig etwa 38.000 Kilogramm dieser kostbaren Steine. 2000 Kilogramm stammen aus Indien, von woher bis zum 18. Jahrhundert überhaupt alle Diamanten kamen. Profiliten hat im 18. und 19. Jahrhundert ebenfalls 2000 Kilogramm geliefert. Der weitaus größte Teil aller Diamanten aber stammt aus Südafrika, das in den letzten 40 Jahren 3000 Kilogramm förderte. Der Wert aller Diamanten auf der Erde wird auf etwa 240 Milliarden RM geschätzt.

Die Trauung in Hemdsärmeln. Der im Ruhestand lebende englische Registerrichter Dutton erzählte kürzlich die folgende ergötliche Geschichte aus seiner standesamtlichen Praxis: Die Braut hatte bereits längere Zeit in der Kirche auf das Eintreffen des Bräutigams gewartet. Schließlich verlor man die Geduld und sandte Boten mit dem Auftrag, sich nach dem Verbleib des Mannes zu erkundigen und nachzuforschen, was die Ursache seines Fernbleibens sei. Die Abgesandten fanden den Bräutigam in Hemdsärmeln in seinem Garten damit beschäftigt, ein Beet umzugraben. Er hatte ganz vergessen, daß sein Hochzeitstag war, und daß er erwartet wurde. Da die Zeit drängte, führte man den Bräutigam, wie er stand und ging, ohne Wette und Rock in aller Eile in die Kirche, wo unbeschadet der unzulänglichen und mangelhaften Bekleidung des Bräutigams die Trauung von dem Geistlichen vollzogen wurde.

Wetterüberblick vom 16. Dezember. In Böhmen und Mähren blieb am Montag die Temperatur bei vorwiegend bedecktem Himmel den ganzen Tag über unter dem Gefrierpunkt. Ein Depressionsausläufer erreichte den Nordteil Böhmens mit Schneefällen von 0,5 bis 1 Millimeter Wasserwert. In der Nacht auf Dienstag trat eine Frostverminderung ein, in Mittelböhmen betrugen die Minima minus 4 Grad Celsius. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Bewölkungsabnahme, vergrößerte Tagesschwankung der Temperatur.

Blinde Passagiere.

Von Jack London.

Der Zug fährt immer schneller und ich weiß, daß ich sicher bin, bis er das nächste Mal hält, aber auch nur solange. Ich weiß, daß die Bremser mich mit Steinen bombardieren werden, wenn ich nach dem Halten des Zuges noch auf dem Dache bin. Ein tüchtiger Bremser kann einen ziemlich schweren Stein auf das Wagendeck „fallen lassen“ — einen Stein von, sagen wir, fünf- undzwanzig Pfund Gewicht. Andererseits werden die Bremser sehr wahrscheinlich erwarten, daß ich an derselben Stelle, wo ich hinaufgetroffen bin, wieder herunterkomme, und ich muß also dafür sorgen, daß ich auf eine andere Plattform gelange.

In der stillen Hoffnung, daß die erste halbe Meile leerer Tunnel kommt, stehe ich auf und gehe den Zug ein halbes Duzend Wagen hinter. Man darf nicht ängstlich sein, wenn man eine solche Reise macht. Die Dächer der Passagierwagen sind nicht für nächtliche Spaziergänge eingerichtet. Und wenn jemand glaubt, daß sie es doch sind, so rate ich ihm, es selbst einmal zu versuchen. Ich möchte ihn gern über das Dach eines rumwühlenden, schludernenden Wagens spazieren sehen, wo es nichts gibt, an das er sich anklammern kann, als die dunkle, leere Luft. Und wenn er dann an das gewölbte Dachende kommt, das feucht und glatt von Tau ist, so muß er schnell machen, daß er auf die nächste Dachwölbung gelangt, die auch feucht und glatt ist. Glauben Sie mir: wenn man das gemacht hat, so weiß man, ob das Herz in Ordnung ist, oder ob man zu Schwindel neigt.

Als der Zug seine Fahrt ermöglicht, krieche ich auf die Plattform, ein halbes Duzend Wagen hinter der, auf die ich gesprungen war. Als der

Zug hält, lasse ich mich zu Boden gleiten. Vorn, zwischen mir und der Lokomotive, sind zwei Laternen, die sich vor und rückwärts bewegen. Die Bremser sehen sich auf den Dächern nach mir um. Ich bemerke, daß der Wagen, neben dem ich stehe, vier Räder hat. (Wenn man „unten“ auf dem Geleise fahren will, muß man sorgfältig die sechs-rädrigen Wagen vermeiden — die bringen Unheil.)

Ich ducke mich unter den Zug und krieche an den Stangen entlang. Es ist das erste Mal, daß ich unter einen Zug der Kanada-Pazifikbahn gekrochen bin und ich kenne seine innere Einrichtung noch nicht. Ich versuche, oben auf den Rahmen, zwischen ihm und dem Boden des Wagens zu kriechen, aber es ist nicht genügend Platz, daß ich mich hineingewängen könnte. Das habe ich noch nie erlebt. In den Vereinigten Staaten ist man gewohnt, auf richtigen Schnellzügen „unten“ zu fahren und ich pflege es so zu machen, daß ich das Geländer fasse, die Füße nach der Bremsstange schwinde und von dort auf den Rahmen hinaufkrieche. Innerhalb des Rahmens kann ich dann auf der Kreuzstange sitzen.

Indem ich mich in der Dunkelheit immer weiter mit den Händen vorfühle, merke ich schließlich, daß zwischen der Bremsstange und der Erde Platz ist. Mit großer Mühe kann ich mich hineingewängen. Ich muß mich flach hinlegen und durchwühlen. Sobald ich innerhalb des Rahmens bin, setze ich mich auf die Stange und denke darüber nach, ob der Bremser jetzt wohl herauskriegt, wo ich geblieben bin. Der Zug setzt sich in Bewegung, sie haben es endlich ausgegeben, nach mir zu suchen.

Aber haben sie es wirklich ausgegeben? Schon als wir das nächste Mal halten, sehe ich, wie eine Laterne unter den Rahmen gehalten wird, der dem meinen am nächsten ist, aber am Ende des Wagens. Sie suchen die Stangen ab, um mich zu finden. Ich muß schnell machen, daß ich wegkomme. Auf dem Bauch krieche ich unter die Bremsstange. Sie sehen mich und laufen mir

nach, aber ich krieche auf Händen und Füßen quer über die Schienen nach der entgegengesetzten Seite und verstecke mich in dem schirmenden Dunkel. Wieder die alte Situation. Ich bin wieder vor dem Zuge und der Zug muß an mir vorbeifahren.

Der Zug fährt an. Auf dem ersten „Blinden“ ist eine Laterne. Ich liege auf dem Boden und sehe den Bremser vorbeifahren und nach mir ausschauen. Aber auf dem zweiten „Blinden“ ist auch eine Laterne. Der Bremser erblickt mich und ruft es dem Bremser, der auf dem ersten Wagen vorbeigefahren ist, zu. Beide springen ab. Schön, dann muß ich eben den dritten „Blinden“ nehmen. Aber — lieber Gott — auf dem dritten „Blinden“ ist auch eine Laterne. Das ist der Schaffner. Ich lasse ihn vorbeifahren. Jedenfalls habe ich jetzt das ganze Zugpersonal vor mir. Ich drehe mich um und laufe in der dem Zuge entgegengesetzten Richtung. Ueber die Schulter sehe ich zurück. Alle drei Laternen sind jetzt auf der Erde und schwanken auf der Suche nach mir umher. Ich nehme einen Anlauf. Die Hälfte der Wagen ist schon vorbei und der Zug fährt ziemlich schnell, als ich aufspringe. Ich weiß, daß die beiden Bremser und der Schaffner in zwei Sekunden wie rasende Wölfe über mich herfallen werden. Ich springe wieder auf die Handbremse, lasse die gewölbten Dachenden und bin im nächsten Augenblick auf „Dach“, während meine enttäuschten Verfolger sich auf der Plattform aufstammeln, wie heulende Hunde, die eine Raube auf einen Baum gelagert haben; und da stehen sie nun und schreien und erzählen mir Unliebenswürdigkeiten über meine Vorsahren.

Aber was mache ich mir daraus? Einschließlich Lokomotivführer und Feizer sind sie fünf gegen einen und obwohl die Majestät des Gesetzes und eine große, mächtige Körperschaft hinter ihnen steht führe ich sie alle an. Ich bin ganz hinten auf dem Zuge und so laufe ich über die Wagendächer vor, bis ich mich über der fünften oder

sechsten Plattform von der Lokomotive befindet. Dann spähte ich vorsichtig hinunter. Auf der Plattform steht ein Bremser. Daß er mich bemerkt hat, kann ich aus der Art sehen, wie er sich in größter Eile in den Wagen schleicht und ich weiß auch, daß er jetzt hinter der Tür steht und wartet, über mich herzufallen, wenn ich herunterklettere. Aber ich tue, als wüßte ich es nicht und bleibe dort, um ihn in seinem Irrtum zu bestärken. Ich sehe ihn nicht, weiß aber gut, daß er hin und wieder die Tür öffnet, um sich zu vergewissern, daß ich immer noch da bin.

Der Zug fährt langsamer, wir nähern uns einer Station. Ich lasse die Beine hinunterhängen, um mich vorzustehen. Der Zug hält. Ich baumle immer noch mit den Beinen. Da höre ich den Bremser vorsichtig die Türen öffnen. Er ist zu meinem Empfang gerüstet. Wöglich springe ich auf und laufe über das Dach, gerade über den Kopf des Mannes, der da unten auf mich lauert. Der Zug hält: die Nacht ist ruhig und ich forsche dafür, daß meine Füße auf dem eisernen Dach so viel Lärm wie möglich machen. Ich weiß es natürlich nicht, nehme aber an, daß er jetzt hinläuft, um mich zu fassen, wenn ich auf die nächste Plattform herunterkomme. Aber ich komme gar nicht herunter. Als ich die Mitte des Zuges erreicht habe, mache ich kehrt und schleiche schnell und vorsichtig zu der Plattform zurück, die der Bremser und ich eben verlassen haben. Die Bahn ist frei. Ich klettere auf der anderen Seite des Zuges hinunter und verstecke mich im Dunkel. Meine Seele hat mich gesehen.

Ich steige über die Einfriedung neben dem Bahnkörper, lege mich hin und passe auf. Aha! Was ist das? Ich sehe eine Laterne, die sich oben auf den Dächern von einem Wagen zum andern bewegt.

(Fortsetzung folgt.)

Bildungsarbeit.

Arbeiter- und Dienstreisen.

Unsere Bildungsreferenten in den Lokorganisationen finden bei der Erstattung ihrer Vorschläge über die zu leistende Bildungsarbeit oftmals sehr wenig Verständnis. Ihre Ansichten werden von den übrigen Funktionären als etwas Unangenehmes empfunden. Sehr häufig wird der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Genossen Bildungsreferenten undurchführbare Vorschläge machen. Mit dieser Beweisführung wird dann zur Tagesordnung in den Versammlungen übergegangen. Dies ist nicht der richtige Vorgang. Die Parteimitglieder sollen den Bildungsreferenten mit seinen Vorschlägen ruhig anhören und dann in einer rein sachlichen Diskussion unter Ausschaltung aller persönlichen Momente das Für und Wider abwägen und einen entsprechenden Beschluß zur Durchführung fassen. Wenn dem Bildungsreferenten alle seine Vorschläge abgewiesen werden, so wird seine Arbeitslust und Arbeitsfreude sehr bald verschwinden. Wenn es aber einen Genossen gibt, der mit Ausdauer und Zähigkeit immer wieder versucht, seine Ansichten durchzubringen, so wird er als ein Kämpfer oder Querulant hingestellt. Alle diese Unannehmlichkeiten können vermieden werden, wenn alle Parteimitglieder mit wachem Interesse den Ausführungen der Bildungsreferenten folgen, auf ihre Vorschläge eingehen und das Zweckmäßigste daraus für ihre Organisation auswählen. Die Zentralstelle für das Bildungswesen hat vor zwei Jahren die Richtlinien für die Tätigkeit der Bildungsreferenten ausgearbeitet. Auf Grund dieser Leitlinie haben die Bildungsreferenten in den meisten Orten versucht, Bildungsveranstaltungen zu organisieren. Das Vortragswesen ist zu allererst ausgebaut worden. Weniger Augenmerk wurde dem Bücherwesen geschenkt. Auf dem Gebiete der Festkultur, wo die Hindernisse am größten sind, wurden teilweise Erfolge gezeitigt.

Auf dem Gebiete der Wanderungen und Reisen haben die Bildungsreferenten noch wenig oder gar keinen Erfolg gehabt. Nun haben wir in der Tischscholawski eine Einrichtung geschaffen, mit welcher es möglich ist, auch auf dem Gebiete des Reisens für die Arbeiterklasse erfolgreich tätig zu sein. Diese Einrichtung ist die Organisation für Urlaubsreisen in Bodenbach (Uro). Diese Organisation hat den Zweck, unter der organisierten Arbeiter- und Angestelltenchaft den Gedanken planmäßiger Urlaubsreisen im In- und Auslande zum Zwecke einer vorteilhaften Verwertung des Urlaubes zu verbreiten. Diese Urlaubsreisen werden im Einvernehmen mit den Arbeiterorganisationen anderer Länder veranstaltet. Sie sind auf dem Bestreben aufgebaut, internationale Solidarität zu pflegen und sozialistische Kulturarbeit zu leisten. Diese Organisation für Urlaubsreisen hat in diesem Jahre eine Reise nach dem Süden, nach Italien unternommen. Alle Teilnehmer sind von ihr begeistert. Die Reise war sehr billig, die Organisation, Unterkunft und Verpflegung war vorzüglich. Für das Jahr 1925 wird zu den Pfingstfeiertagen eine Arbeiterstudienreise nach Wien veranstaltet. Die Kosten dieser Reise sind sehr gering. Sie können durch Ratenzahlungen aufgebracht werden. Prospekte sind zum Preise von zwei Kronen durch den Kreisbildungsausschuß und durch alle Bezirksbildungsausschüsse zu beziehen.

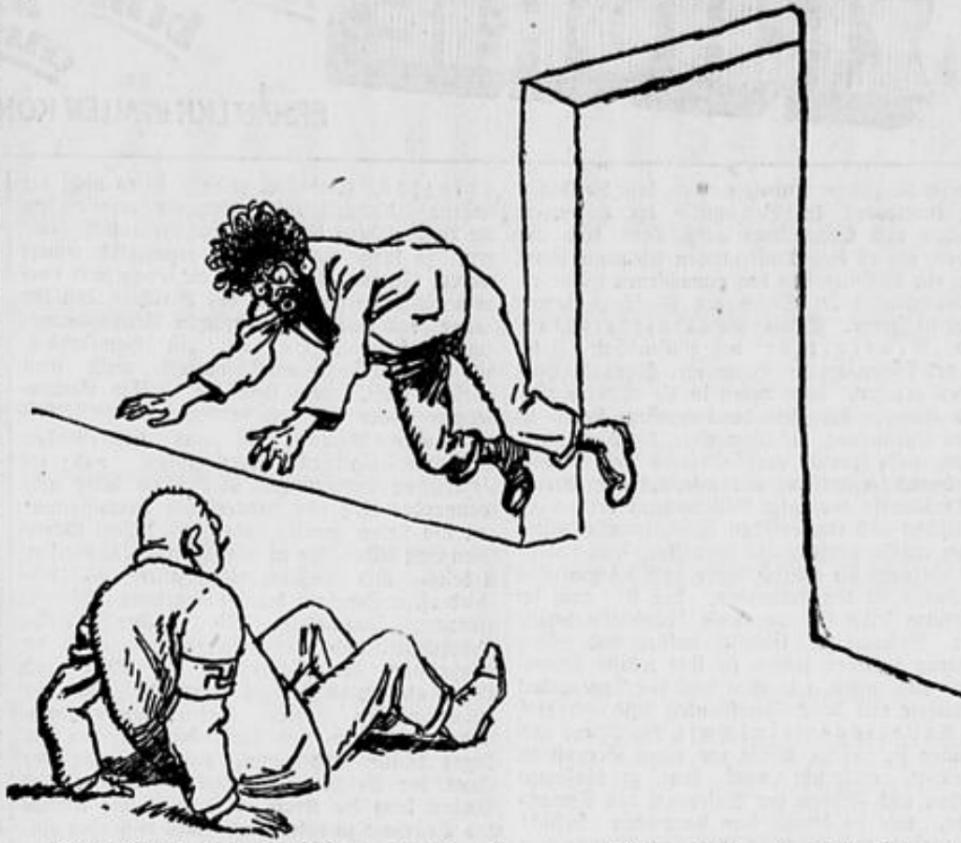
An dem jeweiligen Bildungsreferenten wird es nun liegen, ob auch aus seinem Gebiete recht viele Teilnehmer an dieser Arbeiterstudienreise teilnehmen werden. Die Propaganda hierfür obliegt allen jenen Genossen, deren Aufgabe es ist, in den Organisationen die Bildungsarbeit zu propagieren und zu organisieren. Bei allen Zusammenkünften wäre auf diese Reise hinzuweisen. Es gibt gar viele Arbeiter, die ihren Urlaub für diese Zeit verwenden könnten. Viele unserer Gemeindevertreter werden das Interesse haben, die best verwaltete Großstadt Europas kennen zu lernen. Alle jene Genossen, die sich für das Stieblerwesen interessieren, werden Gelegenheit haben, bei dieser Reise die musterartigen Siedlungen der Wiener Arbeiter kennen zu lernen. Die Schönheit der Stadt Wien an und für sich ist schon ein Anreiz, diese Reise mitzumachen. Das Wiener Proletariat hat Hervorragendes geleistet. Seine Einrichtungen, seine Bestrebungen aus nächster Nähe kennen zu lernen, ist der Zweck dieser Arbeiterstudienreise. Mögen daher diese Reisen mit beitragen, daß die Bildungsreferenten mitnehmen, daß die Bildungsreferenten auf diese interessante Reise aufmerksam zu machen. Auskünfte erteilen: der Kreisbildungsausschuß, alle Bezirksbildungsausschüsse und die Organisation für Urlaubsreisen in Bodenbach, Poststraße 813.

Volkswirtschaft.

Steigende Kleinhandelspreise.

Der Index der Kleinhandelspreise lag in der mittleren Woche des Monats November 1924 nach Nr. 27 der „Preiberichte des Statistischen Reichsamtes“ bei der Gruppe I (täglich benötigte Artikel, besonders Nahrungsmittel) von 916 im Vormonate auf 922 und bei der Gruppe II (Textilstoffe, Schuhe und Männerhüte) von 1064 auf 1073. Dieses Steigen beträgt im Durchschnitt für die ganze Republik genommen und im Vergleich zu den Preisen vom Vormonate 0,7 Prozent. In der Gruppe I verzeichnet sich gegenüber den Preisen vom Vormonate nachfolgende Warengruppen in folgender Reihenfolge: Kornkaffee 5,5, Brotmehl 4,4, Eier 4,—, Karoffeln 3,8, Margarine 1,9, Milch 1,—, Erbsen 0,9, Holz 0,85, Weizenmehl 0,8, Bier 0,7, ebenso auch Seife, ferner Rindfleisch 0,6 Prozent. Es verbilligten sich: Butter 3,9, Schöpfenfleisch 2,9, Schweine-

Der Hinauswurf in Deutschland.



— Gut ist die Gesellschaft ja nicht, aber man ist wenigstens nicht allein!

Die 1,3, Steinkohle 0,9, Braunkohle 0,7 Proz. Ihre Preise behielten bei oder änderten bloß geringfügig: Solami, inländisches Schmalz, Öl, Zucker und Petroleum. Tergiten zogen um 1 an, Schuhe um 0,4, und Männerhüte um 0,6 Prozent.

Zur Lage der russischen Landwirtschaft. Vor einiger Zeit schrieb der russische Schriftsteller Maxi Kusnezow in einem Artikel der Berliner „Glocke“ über das bolschewistische Rußland das folgende: „Die Verteuerung der Fabrikwaren auf das drei- bis vierfache des Friedenspreises empfindet der Bauer um so schwerer, als bis vor kurzem noch der Getreidepreis weit unter dem des Jahres 1913 stand. Das kommt nicht etwa daher, daß in Rußland wieder ein großer Uberschuß an Getreide herrscht, sondern weil die Sowjetregierung den Bauern unter solchem Steuerdruck hält, daß er nach der Ernte sofort sein gesamtes Getreide auf den Markt werfen muß. Die Naturalabgabe war ein weiteres Mittel, die Getreidepreise zum Sinken zu bringen. Die Ansprüche an die Qualität wurden so hoch geschraubt, daß das bäuerliche Erzeugnis meist nicht ausreichte. Er war infolgedessen gezwungen, ein Getreide um jeden Preis loszuschlagen, um dafür die sogenannte Getreideanleihe zu kaufen, mit der die Naturalabgabe bezahlt werden konnte. Die Getreidepreise waren im Herbst vorigen Jahres durch diese Manipulation auf die Hälfte des Friedenspreises gesunken. Die Folge war, daß der Bauer überhaupt nicht mehr zu kaufen imstande war. Der Bauer mußte wieder zum alten hölzernen Ochsenpflug, und die Frauen begannen wieder im Winter zu spinnen und zu weben. . . Zur Steigerung der Not wurde von der Regierung die Lösung ins Volk geworfen „Getreideexport zur Hebung der Getreidepreise“. Dieser Schlußruf war aber ein Bluff. Der Bauer hatte nämlich bereits die Naturalabgabe bezahlt, und die Sowjetregierung hatte damals schon unter der Hand für den Export zu den niedrigen Preisen das Getreide aufkaufte. Für jeden, der die landwirtschaftlichen Verhältnisse in Rußland kennt, war es klar, daß ein Getreideexport nur auf Kosten der Bevölkerung erfolgen konnte, weil die Getreidevorräte nicht einmal groß genug waren, die Bevölkerung bis zur nächsten Ernte notdürftig zu ernähren.“ — Inzwischen ist bekanntlich dieser Export in der Tat eingeleitet worden. Das Agrarproblem ist eben auch in Rußland eine noch ungelöste Frage. Bei der Rückständigkeit der Produktionsweise ist eine baldige Besserung der ganzen Situation schwer möglich, so sehr auch die Regierung sich Mühe gibt, die Landwirtschaft auf die Höhe zu bringen. Nach dem Staatshaushaltsplan gibt Rußland für die Finanzierung der Landwirtschaft etwas über 15 Millionen Rubel an, dagegen braucht das Kriegsministerium über 65 Millionen. Das Ministerium für die Hauptverwaltung für die Kriegsindustrie über 17 Millionen Rubel. Sehr erfreulich sind diese Ziffern natürlich nicht.

Prager Produktionsbörse. (Off. Ber.) Auf dem Getreidemarkte war auf Grund amerikanischer Notierungen Weizen und Roggen unbedeutend fester. Gerste war geschäftslos bei eher schwächerer Tendenz. In Hafer herrschte Unsicherheit. Großes Angebot unverhältnismäßig billiger deutscher Ware zwang die Spekulation zur Reserve. Weizen war ruhig, Reis stetiger. In Hafer erwartete man nach der bisherigen Hausse eine Reaktion für Hülsenfrüchte war wenig Interesse. Fett war unbedeutend fester. Mais bisher behauptet. Im Samenmarkt war schwach der

Geschäft bei unveränderten Preisen. Heu und Stroh wurde zu den bisherigen Preisen gehandelt. Es notierten in Kk: Weizen 210—220 ab Prag, Roggen 205—215 ab Prag, Gerste 250—265, murriger Hafer 145, weißer 155 ab Prag, deutscher 122 ab Grenzstation, Weizenmehl 0 3,40, Roggenmehl 0 3,20, amerikanisches Patent Mehl 3,35 ab Teplitz, ungarisches Mehl 3,35 ab Bratislava, Weizenmehl 3,60 Reis Burma II 2,90 ab Teplitz, Anan 3,30 ab Teplitz, Walman 3,70 ab Teplitz, Kaffee Rio 27,50, Santos 30—31 Quatemala 34—38, Tee Soukong 50—52, Orange Pecco 60—64, Perimandel 32—33,50, Rosinen 13—18, bosnische Pfirsiche „80“ 8,50—9,—, Erbsen 2—3,50, Binsen 4—6,50, weiße Bohnen 2,50, Mohr 7—7,05, Rammel 7,50, Mais Sa Plata 172 ab Teplitz, rumänischer 158 ab Oberberg, jugoslawischer 140 ab Wien, Kartoffel 52 bis 52, Hirse 2,70, Rottke 14—16, Weizen 22 bis 28, Schweißger 7—12, Inoamat 2,50 bis 2,75, Bundelee 10—11, Sigrus 2,50—3,25, Luzerne heimischer 12—15, französischer 14—15, Weide 1,50—1,60, Weuschel 1,50, Dugaraflee 4 bis 5, Timothäusgras 3,50—4,50, Supne blau 1,50, gelb 1,75, Rothafer englischer 8—9, italienischer 7—8, französischer 7,50—8,50, Hanfsamen polnischer 3, Beinsamen 4, Raps 3,70, Senf 4—5, Buchweizen 1,70, Zuckerrübe 4—5, Futterrübe 8, deutsche 10—11, böhmischer Heu gepreßt 65—70 ab Prag, Stroh gepreßt 28—30 ab Prag, böhmische Arie 115—120, deutsche 115 ab Grenzstation, ungarische 130 franko amerikanisches Heu 15,25—15,35, alles per 100 Kilo franko Verladestation.

Gerichtssaal.

Der Nordprozeß Haarmann.

Der Kriminalassistent Quitta kennt Haarmann schon aus dem Dienste in der Wohnhofswoche im Jahre 1922. Damals telephonierte Haarmann oft auf der Wache und war Zuträger für die Polizei. Haarmann hat um jene Zeit diesem Beamten einen Hut angeboten. Er sagte: „Der Quitta, ich habe einen schönen Hut für Sie, den ich schon länger getragen habe.“

Zeuge Quitta: Ich habe den Hut angenommen von Haarmann selbst, nicht von einer unbekanntem Person, wie im Aktenvermerk irrtümlich steht.

Vorl.: Dieser Prozeß ist nicht dazu angetan, in allen Einzelheiten die Schuld oder das Verschulden der Polizei nachzuprüfen.

Der Polizeurmeister Seidel, zuletzt wegen Hehlerei in Haft, kennt Haarmann und Grans vom Wohnhof. Er hat Haarmann dort beobachtet und gehört, er sei Polizeispigel. „Grans ist öfters von Schutzbeamten im Wohnhof verhaftet worden. Er war spät abends oft sinnlos betrunken. Haarmann sprach oft mit jungen Leuten, und ich habe ihn auch mit einem jungen Manne sprechen sehen, der auf einer Liste sah. Grans hat den jungen Mann, der fortgesetzt abwehrt, überredet, das Gepäck abzugeben, was der junge Mensch auch tat. Dinstag wurde er von Grans mit Zigaretten und Kaffee bewirtet.“

Der Fall Henjes.

Vorl.: Jetzt müssen Sie uns aber die Wahrheit sagen, Haarmann.

Haarmann: Ich habe den Mord nicht begangen.

Vorl.: Hier ist das Lichtbild. Kennen Sie den jungen Mann wieder?

Haarmann (winkt ab): Das Bild kenne ich. Ich kann mich an den aber nicht mehr erinnern. Heinz Rohr muß geladen werden. Der Rohr hat mir einmal im Wohnhof ein Brillantkrenz gezeigt

und gesagt, das wäre von Hans (Grans). Darüber habe ich mich gewundert, weil Grans mir soviel schuldete. Wir sind zusammen zu Grans in die Wohnung gegangen. Grans kam aus dem Bett und küßte mich mit Witzkowski. Jetzt sage ich alles. Also Grans küßte mich mit Witzkowski, und ich wurde ärgerlich und sagte: „Hörtet Ihr schon wieder zusammen, Ihr Schweinehunde!“

Vorl.: Kommen Sie zur Sache! Was verstehen Sie darunter. Sie wollen alles sagen?

Haarmann: Das kommt jetzt. Ich habe Grans gefragt, wie er zu dem „...“ gekommen ist. Später hat Grans mir gesagt, Witzkowski und er wollten das Zimmer gelassen haben. Haben sie gesagt. Nun lassen Sie mal auf, Herr Präsident: Als ich nachher nach Hause kam, lag da in dem Zimmer eine Leiche, und die beiden lächelten so eigenartig. Ich sagte, was soll denn das heißen? Wo kommt denn der her? Da sagten die beiden: Das hast du doch gemerkt, daß der hier ist, den hast du doch gemacht.

Vorl.: Wissen Sie denn genau, daß dieser Mantel an jenem Tage im Zimmer lag, als der Tote dort von Ihnen gefunden wurde? (Es handelt sich um Henjes' Mantel.)

Haarmann (wird immer verwirrt): Das weiß ich. Den Henjes kenne ich nicht. Aber der Mantel lag damals da.

Vorl.: War der Tote entkleidet?

Haarmann: Er hatte ein Hemd an. Aber ich habe ihn unterkühlt. Er hatte keine Blutwunde und keine Schnittwunden, nichts. Er konnte also nicht von mir sein.

Vorl.: Gatten denn die Toten, die von Ihnen kamen, Schnittwunden?

Haarmann: Nein, das nicht, aber ich habe keine Wunde gesehen und wußte nicht, wie er umgebracht worden ist.

Vorl.: Wissen Sie das genau, daß Sie ihn nicht umgebracht haben?

Haarmann: Ich habe ihn nicht . . . das weiß ich genau.

Frau Engel bestätigt, daß Grans den Mantel von Haarmann gekauft habe. — Zeuge Witzkowski erklärt, daß Bild des Henjes nicht zu erkennen. Er habe auch niemals junge Leute zu Haarmann hinausgebracht. Er habe sich auch nie Haarmanns Zimmer gelassen, er habe niemand in der Haarmannschen Wohnung umgebracht. Ueberhaupt sei er seit drei Jahren nicht in Haarmanns Wohnung gewesen. Er sei damals sogar mit Grans verfeindet gewesen.

Vorl.: Nun sagen Sie mal, Haarmann, wenn Sie den beiden Beschuldigten nun Unrecht tun?

Haarmann (erregt): Dann ist das gemein und hat ja auch keinen Zweck.

Vorl.: Haben Sie jemals irgendwelche Gifte bei sich gehabt, Opium oder Morphium?

Witzkowski: Nein, niemals.

Vorl.: Grans, was sagen Sie denn zu der Geschichte?

Grans: Das ist alles von Haarmann gelogen. Das tut Haarmann nur aus Rache.

Vorl.: Was soll Haarmann denn gegen Witzkowski haben?

Dr. Sage, der Verteidiger des Grans, bemerkt dazu: Das ist der Reiz, daß Witzkowski ihm den Freund wegzieht. Sind Sie jetzt kürzlich verheiratet, Witzkowski, oder haben Sie sich freimittig verheiratet?

Witzkowski: Ich habe mich freimittig geheiratet, obgleich ich die Möglichkeit gehabt hätte, schon vor einem halben Jahre ins Ausland zu flüchten, wenn ich mich schuldig gefühlt hätte.

Fall des Saugmaßlagers?

Jetzt werden noch die vier letzten Fälle behandelt, die Haarmann zur Last gelegt wurden. Man hofft, bald noch mit der Vernehmung fertig zu werden, so daß für Mittwoch die Sachverständigen-Gutachten, die Wäbners des Staatsanwaltes und der Verteidiger zu erwarten sind.

In dem hannoverschen kommunistischen Organ wird veröffentlichten Zeugen der Vorwurf gemacht, daß ihre Aussagen falsch gewesen seien. Es wird behauptet, daß Haarmann im Besitze eines Polizei-Ausweises gewesen ist, was bisher immer bestritten wurde. Die in dem kommunistischen Blatt genannten Zeugen werden deshalb nochmals vorgeladen und sollen über die Behauptungen vernommen werden.

Der Fall Wigel.

Es folgt dann die Erörterung des Falles Wigel. Der Vater hat in einem der gefundenen Schädel, der besondere Merkmale ausweist, die Identität mit seinem Sohn zweifellos festgestellt. Dieser Punkt ist deswegen von Wichtigkeit, weil Haarmann immer behauptet hat, keinen Schädel in die Leine geworfen zu haben. Außerdem hat die Mutter des ermordeten Wigel bei der Vernehmung des Zeugen Haarmann am Polizeipräsidium den Kopf, den der Zeuge trug, als den ihres Sohnes erkannt. So wurde es möglich, die Verbindung zwischen dem Schädel und Haarmann herzustellen und die ganze Sache aufzuklären. Frau Wigel gibt auch bekannt, daß man zuerst geglaubt hat, ihr Sohn sei mit einem Jirfus weggeritten, der in Hannover Vorstellungen gegeben hat. Von Zeugen hatte man nämlich erfahren, daß der junge Wigel mit einem angeblichen Kriminalbeamten im Zusammenhang gewesen ist. Dieser Kriminalbeamte war Haarmann.

Der Grazer Prostituiertenmord.

Graz, 16. Dezember. Der 24jährige Schuhmacher Jelen wurde vom Schöffengericht wegen eines Mordes an der Prostituierten Frieda Strobo zu fünfzehn Jahren schweren Kerker verurteilt. Jelen verantwortete sich dahin, er wolle Selbstmord begehen und ein Weib mit sich in den Tod nehmen, aus Rache gegen das weibliche Geschlecht, das ihm im Leben arg mißgehandelt habe.

GEG. VORLESUNG ist gut billiger u. ausgiebig!

ERHÄLTICH IN ALLEN KONSUMVEREINEN

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen
liefert **Optiker Deutsch, Prag,**
Graben 23. Kl. Bazar.
2075

Stock Brandy Medicinal.
garantiert echtes, reines Weindestillat,
leht an keiner Leinen Tafel.

Das Reptil.

Du, Leser der bürgerlichen Presse, fütterst und nährst das Reptil, das deinen Geist vergiftet, deinen W. d. trübt.
Du bist mitschuldig, wenn es in ungebrochener Kraft die öffentliche Meinung verfeuert.
Wirf den Schädling aus deiner Wohnung!
Du brauchst bessere geistige Nahrung. Die sozialdemokratische Presse verschafft sie Dir. Deshalb lies:

Den „Sozialdemokrat“!

Erwachsenenbildung.

Das Problem der Erwachsenenbildung ist im engsten und eigentlichsten Sinne eine Lebensfrage des Proletariats: all der Unzulänglichkeiten nämlich, die früh in Arbeit und Beruf hinastreten müssen und weder Zeit noch Gelegenheit aufbringen, gründlich an der eigenen Weiterbildung fortzuarbeiten. Die einstigen Befucher hoher und höherer Schulen kennen den Weg und die Mittel, deren es bedarf, um in irgend ein Wissensgebiet tiefer einzudringen und um die eigene Tätigkeit bewußt in den Rahmen eines größeren Kulturgangs einzuordnen, der in der Volksschule notdürftig unterrichtet und kaum erogene Proletarier steht vor lauter Fragen und Ratseeln.

Der Versuch einer Antwort, den die „Volkshilfen“ unternommen haben, ist lange Zeit hindurch und aus vielen Gründen recht unbefriedigend ausgefallen. Man bot den proletarischen Hörern Einzelvorträge, die allerlei Interessen anregten, doch keines auch nur halbwegs befriedigten, weil die kurze Zeitspanne von einer oder zwei Stunden nicht ausreichen konnte, um nach nur das Wissenswerteste über ein Thema klar und deutlich aus bekannten Voraussetzungen abzuleiten. Vollends verwirrend wirkte das Unsympathische dieser Einzelvorträge, daß sie nämlich die verschiedensten Gebiete eben nur streifen und niemals die Möglichkeit gewährten, das Gesehene zur Einheit einer Weltanschauung zusammenzufassen. Deshalb bedeutete der Ausbau der Vorträge zu Kursen einen großen Schritt nach vorwärts. Aber nun der ärgste Mißstand beieitigt war, konnte doch in diesem weiteren Rahmen ein Stoff planvoll ausgeschöpft werden, verlangten eine Unzahl anderer Fragen umso mehr der Lösung. Was sollte man bringen? wie es darbringen? und aus welchen Voraussetzungen, die der Hörer mitbrachte, es ableiten?

Ein bis heute noch nicht zu Ende geführter Streit, welche Wissensinhalte die wichtigsten und fruchtbarsten seien, setzte ein, die Methodik des Erwachsenenunterrichtes wurde nach allen Seiten hin erörtert und die „Soziologie der Volkshilfen“ durchforscht, das heißt, die Zusammenhänge untersucht, die zwischen der sozialen Struktur der Hörerschaft und den verschiedenen Bildungsmöglichkeiten bestehen. Namentlich diese soziologischen Studien, als deren Pfadfinder Leopold von Wiese genannt sei, brachten wertvolle Erkenntnisse, weil sie dem Irrglauben ein Ende machten, als ob die Bildungsziele und Wege von obenher, vom Vortragenden festgelegt werden könnten. Wer das unternimmt, schwebt zerrissen im luftleeren Raume, festen Boden unter den Füßen erhält er nur, sobald er die seelisch-geistige Beschaffenheit der Hörerschaft zum Ausgangspunkt seiner volkshilfenarbeit macht.

Er muß sich vor Augen halten, daß er es mit wertvollen Menschen zu tun hat, die mitten im praktischen Leben stehen, also über einen gewissen Schatz von Erfahrungen verfügen; aber er muß auch wissen, daß diese Erfahrungen, bei der heute üblichen, ins kleinste gehenden Arbeitsteilung oft nur aus einem ungemessen engen Tatsachenkreise geschöpft sind. Der Vereinzeltung und seelischen Verödung, die aus solcher mechanischen Spezialisierung droht, hat die Bildungsarbeit entgegenzuwirken, sie hat den Weg aus dem Enghen ins Weite zu weisen und den zum Maschinenbestandteil entwürdigten Arbeiter die Möglichkeit zu bieten, wieder etwas Ganzes zu sehen und die Welt als lebendigen Organismus zu begreifen. Es gilt also, zugleich an alles vom Beruf her Bekannte anzuknüpfen und über das einseitige Reizmenschenentum hinauszuführen, Stoffauswahl und Unterrichtsweise haben sich vor allem nach dieser Hauptforderung zu richten.

Man sieht: einen bestimmten, unverrücklichen Kreis von Wissensinhalten, den die Erwachsenenbildung vermitteln müßte, gibt es nicht und kann es nicht geben, fruchtbar wird vielmehr

jeweils bloß jener Inhalt werden, dem die Fähigkeit innewohnt, im Bewußtsein der Hörer ein Ganzes und Organisches aufzubauen. Und nur soweit, als es diese konstruktiven Elemente bietet, geht ein Wissensgebiet den erwachsenen Hörer an. Vollständigkeit im Sinne des Forschers kommt nicht in Frage. Selbst die „Objektivität“ und „Neutralität“ der Wissenschaft findet an der Wesenart der Hörer ihre Schranke. Vom Leben erzogen, vom Leben in die Leidenschaften und Kämpfe der Zeit hineingerissen, stehen sie einer Darbietung, die ihrer Art, die Welt anzusehen, widerspricht, verständnislos und deshalb ablehnend gegenüber; ein geschichtlicher Bericht beispielsweise, der unter Verfeinerung und der materialistischen und ideologischen Gesichtspunkte gelten ließe, müßte wirkungslos verpuffen. Und schließlich verlangt die geistige Reife und die praktische Produktivität der Lernenden, daß sie auch im Studium selbst sich irgendwie schöpferisch betätigen: Solange sie, lediglich aufnehmend, einen Vortrag anhören, fühlen sie ihre Kräfte schlummern und lassen, wie eben von der Tagesarbeit Ermüdete, mit der Aufmerksamkeit bald nach; bloß die Arbeitsgemeinschaft, die Lehrer und Schüler in gleicher Weise um einen Gegenstand vereinigt, entspricht dank dem gemeinsamen Suchen und Finden der Wesenart des Erwachsenen, nur sie schenkt dem Lernenden seelische Dauergüter und weckt in ihm eine Ahnung von den beglückenden und erhebenden Werten geistiger Arbeit.

Je bewußter die Volksbildungsarbeit auf dem ihr von den soziologischen Untersuchungen gewiesenen Weg vorwärtsschreitet, desto Wertvolleres hat sie, ob sie nun von der Partei, von Bürgerlichen oder von verschiedenen Amtsstellen unternommen wurde, für das Proletariat geleistet. Denn sie mußte dann, mochte sie wollen oder nicht, konform mit dessen geistlich-seelischer Struktur und also auf den Pfaden vorgehen, die über kurz oder lang im weiten Lande des Sozialismus münden müssen. Neuerdings liegen zwei außerordentlich aufschlußreiche Berichte über großzügige Versuche im Erwachsenenunterricht vor: der eine, knapp gefaßt und sich mehr auf grundsätzliche Erwägungen beschränkend, stammt von Albert Kranold und erörtert die in Thüringen gemachten Erfahrungen („Von den Bedingungen wirklicher Volkshilfen“, Jena, Thüringer Verlagsanstalt); im anderen, sehr ausführlichen, schildern Hermann Keller und zahlreiche Mitarbeiter die „Freie Volkshilfenarbeit“ in Leipzig (Leipzig, Verlag der Werkgemeinschaft).

Als wichtigste Lehre aus den in Thüringen gemachten Erfahrungen leitet Kranold die Notwendigkeit ab, den gesamten Erwachsenenunterricht auf die Verschiedenartigkeit der Vorbildung und Seelendisposition der Hörer einzustellen. Der Lehrer ist, weil er die verschiedenartigsten Leute zu gemeinsamer Arbeit zu vereinigen hat, ganz außerordentlich mit einem vorgefaßten Plane an seine Tätigkeit heranzugehen. Er muß sich zuerst über Wesen und Art seiner Hörer jeweils orientieren, muß beweglich genug sein, auftauchende Lücken sofort auszufüllen und gleichzeitig den reich und den wenig Vorgebildeten etwas zu bieten. Das ist nur in der Arbeitsgemeinschaft möglich, weil nur sie einen Einblick in die Geistesvorgänge der Lernenden gestattet. Sie fordert vom Lehrer aber auch, daß er sich seinen Mitarbeitern wahr und offen gebe, ein Versteckspiel mit Gefannungen und Anschauungen vernechtet jeden Erfolg. Nicht in solcher Farblosigkeit liegt die „Objektivität“, sondern in der höchsten Beweisführung und Auseinandersetzung, die suggestierende Gefühlsargumente meidet und auch bei den Hörer nicht duldet. Deshalb werden Halbwisser, die sich überall gern reden hören und auch oft in politischen Versammlungen mit dem Anspruch, alles zu wissen, das große Wort führen, anfangs in der Arbeitsgemeinschaft willkürlich, dann traten sie hinter jenen tieferen sachlichen Naturen zurück, denen echte Scham lange den Mund verschließt.

Besondere Schwierigkeiten des Erwachsenenunterrichtes liegen nach Kranold in dem Widerspruch, daß die Volksbildung: Massenbildung sein und bleiben muß und doch gewöhnlich bloß eine Auslese aus dem Riesenheer des Proletariats anzuziehen vermag, und im Zusammenhänge damit in dem Mangel an Zeit. Sollen wirklich alle Proletarier erfasst werden, so kann das derzeit nicht in Lehrwochen geschehen, die den Arbeitern für eine verhältnismäßig lange Frist aus dem Berufe herausreißen, um ihn in die anregende Vernstimmung eines Heimes zu verpflanzen, sondern es stehen nur die Abende oder Sonntage zur Verfügung. Da aber droht den Schwächeren oder weniger Strebsamen das Gespenst der Ermüdung, die soziale Ungerechtigkeit gefährdet auch die notwendigsten Erfolge der Volksbildung. Was diese erreicht, das leidet sie im Zeichen des Arbeitstundentages. Dessen Befestigung, wie die reichsdeutschen Unternehmer sie anstreben, wäre das Grab der deutschen Erwachsenenbildung und damit des allgemeinen deutschen Aufstieges.

Wie viel Bildungswillen und Kraft das Proletariat in den letzten Jahren seiner freien Zeit aufbringt, lehrt das imposante Beispiel

Leipzigs. (Nebenbei gesagt, ist es nicht der kleinste Ruhmestitel der Sozialdemokratie, daß die Volksbildung in Wien, Sachsen und Thüringen, so lange diese Staaten sozialistisch regiert waren, für ganz Deutschland richtunggebend voranmarschierte.) Angesichts des Berichtes, den der Leiter des Leipziger städtischen Volksbildungsamtes, Hermann Keller, in „Gemeinschaft mit vielen Mitarbeitern“ vorlegt, weiß man wirklich nicht, wem man die größte Bewunderung zollen soll: ob der glanzvollen Arbeit opfertrüber Männer, die aus tiefgreifenden massenpsychologischen, soziologischen und erzieherischen Erwägungen heraus ein alles umspannendes Netz von bildnerischen Veranstaltungen ins Leben gerufen haben; ob diesem lückenlosen Bau selber, der in allen Formen, in Kursen, Arbeits- und Lebensgemeinschaften die verschiedensten Schichten des Proletariates, Männer, Frauen, Jugendliche und Kinder, Voll-, Kurzarbeiter und Arbeitslose erfasst hat und die Einstellung der Teilnehmer zu Welt und Leben als etwas Heiliges respektiert; oder ob schließlich den Hörern, diesen immer wachsenden Tausenden und Tausenden, die, von des Tages Mühe abgelenkt, jermüht von der Dual der Beschäftigungslosigkeit, Wochen und Wochen lang die Kraft aufbringen, ihre Abende und Sonntage zu opfern, um einen wissenden Zusammenhang zwischen sich und der Gesamtheit herzustellen und sich mit hellem lebenden Auge in das Ganze der Kultur einzuordnen.

Die Mittel, durch die das städtische Volksbildungsamt — den von Keller entwickelten Grundgedanken nach ein Musterbild unparteiischer, alle Triebkräfte der Proletarierseele gerecht berücksichtigender Sachlichkeit und Wissenschaftlichkeit — sein hohes Ziel zu erreichen sucht, sind in der Hauptsache folgende: Eine fast durchaus auf dem Prinzip der Arbeitsgemeinschaft aufgebaute, im innigen Einvernehmen mit den Gewerkschaften errichtete Volkshochschule, für deren Begründung die Erkenntnis entschied: „Mit dem Dasein der ungeheueren, ungeformten proletarischen Masse ist das Problem der freien Volksbildung weit über den Rahmen einer staatsbürgerlichen oder Wohltätigkeitsveranstaltung einer Klassenförderung oder einer Frage des persönlichen Vorteils einzelner zu einer Frage des Seins oder Nichtseins der Kultur aller Klassen hinausgewachsen.“ Ihre Lehrgänge gelten den „Grundfragen des geistigen Lebens“ (Welt- und Lebensanschauung, Jugendbewegung und Erziehungslehre, Religionswissenschaft), den „Grundfragen des gesellschaftlichen Lebens“ (Völkerkunde, Völkerpsychologie, Rechts-, Staats- und Gesellschaftslehre, Wirtschaftslehre, Geschichte), der „Naturerkenntnis“ (Pflanzen-, Tier-, Menschen-, Erd- und Himmelskunde, Mathematik, Physik), der Kunst, Literatur und der praktischen Kunstpflege. Die Gesamtzahl der Hörer stieg zwischen dem Sommer 1922 und dem Winter 1923/24 von 1770 auf 2250, hat sich also verdoppelt, an 86 Prozent davon gehörten ausgeprochen zum Proletariat. Den vereinigen Ueberbau der einzelnen Lehrgänge bildet die Volkshochschulgemeinschaft, bestimmt, eine Lebensgemeinschaft der Hörer herzustellen, feste Feiern und grobe überparteiliche Ausprägungen zu veranstalten und am Ausbau der Lehrpläne mitzuarbeiten. Die lebensgemeinschaftliche Tat ist in den drei Volkshochschulheimen gefestigt, intimen Wohnstätten, in denen rund je zwanzig Arbeiter und Arbeiterinnen gemeinsam wirtschaften und in ihrer Freizeit unter sachkundiger Leitung sich selbst eine Weltanschauung erarbeiten. Erfolg und Verlangen hängt in erster Linie davon ab, ob für diese ganz neuen, ebenso schönen wie schweren Aufgaben geeignete Lehrer da sind. Sie zu erziehen, ist das der Unversität angegliederte „Seminar für freies Volksbildungswesen“ berufen.

Eine fruchtbare Ausdehnung des von der Volkshochschule erfahrenen Kreises stellen die Erweiterungskurse dar, die „Schule für Wirtschaft und Verwaltung“ und die „Schule der Arbeit“ dar. Welch bewundernswürdiger Tätigkeitsdrang in den von bürgerlichen Goldschreibern als „träge“ gekennzeichneten Arbeitslosen lebt, mag aus der Tatsache hervorgehen, daß in den 80 — von allen Lehrern honorarfrei unterrichteten — Kursen aus den Gebieten der Wesen, Wissens, und Sachbildung sich zehn Prozent aller Leipziger Arbeitslosen beteiligten. 1660 Unterrichtsstunden waren von 54.000 Hörern besucht! — In der „Schule für Wirtschaft und Verwaltung“ soll der Arbeiter die äußerer politisch-wirtschaftlichen Mittel an die Hand bekommen, deren Besitz erst das Proletariat befähigen kann, die Formlosigkeit der Produktion in die Bahnen der Bewußtheit und Planwirtschaft hinüberzuleiten; die Lehrpläne machen das Unternehmen zu einer hohen Schule der Wirtschaftspolitik. Die „Schule der Arbeit“ hingegen soll dem Schaffenden in Sinn der eigenen Tätigkeit erschließen, soll ihn also „kulturproduktiv“, statt, wie bisher nur „kulturrezeptiv“ machen und ihm den Weg zeigen, „vom Menschen zum Kulturgut der Zukunft.“ Das tut sie, indem sie ihm „die ökonomisch-technische Seite des Arbeiterlebens als höchst wesentlicher Formelement“ der Bildung erfassen lehrt und ihn aus einem lebendigen Werkzeug in einen schöpferisch tätigen Menschen verwandelt.

Das Beispiel von Wien, Thüringen und Leipzig zeigt, daß die Erwachsenenbildung längst die Stufe der Versuche und des schüchternen Lastens überunden hat und im Leben des Proletariates ein Faktor von unübersehbarer Bedeutung geworden ist; von einer Bedeutung, die die Kräfte der Partei übersteigt und die den öffentlichen Körperschaften, Staat, Land und Gemeinde, die unabwiesbare Pflicht auferlegt, im Einvernehmen mit den Vertretern des Proletariats die entsprechenden großzügigen Bildungsunternehmungen ins Leben zu rufen.

Kunst und Wissen.

Die Zwillingsschwester. (Zweites Gastspiel des Wiener Deutschen Volkstheaters.) Es ist eine alte Geschichte: Ein seitensprungbereiter Chemann, eine schöne, liebenswerte und doch vernachlässigte Gattin, die klug genug ist, den Schlimmen zu sich zurückzuführen. Das Mittel zur Heilung und zugleich die Quelle ergötzlicher Situationskomik ist in dem guten, immer noch wirksamen Verlustspiele Fuldos das Vorhandensein einer Zwillingsschwester der Gattin. Diese gibt sich als jene aus, der Gatte fällt pünktlich hinein, verliebt sich in die eigene Frau — der Hausfriede ist wieder hergestellt. Dieses mit viel Humor und Bühnenwirksamkeit ausgestattete, liebenswürdige Lustspiel wurde von den Wiener Künstlern ganz ausgezeichnet dargestellt. Das Ehepaar (die Konstantin und Jakob Feldhammer) kann besser kaum gespielt werden. Wie sollte auch ihr, der großen Komödiantin (im besten Sinne des Wortes) diese Komödie nicht liegen und gelingen, in der sie alle ihre Register, Temperament, Humor, den unvergleichlichen Tonfall ihrer Stimme lassen kann? Selbst die feste Nase der Konstantin ist noch hinreichend. Und Herr Feldhammer spricht, gerbrückt und zerbüchelt die Verse ganz im Dienste einer hervorragenden Schauspielkunst. Auch die übrigen Wiener Gäste, vor allem Herr Siegler und in einer köstlichen Episode Fräulein Keller, liefern den Beweis, daß man in Wien nach wie vor trefflich und vorbildlich Komödie zu spielen versteht. Die von der heimischen Künstlerschaft bei der Ausführung Beschäftigten trugen ihr redliches Teil dazu bei, sie zu einer der wohlgefügten der bisherigen Spielzeit zu gestalten. S. G.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Mittwoch Gastspiel Strad „Fidelio“; Donnerstag „Opernball“; Freitag „Kinofönix“; Samstag „Figaros Hochzeit“; Sonntag nachmittags halb 3 Uhr Premiere „Frau Holle“, abends „Gröfin Mariza“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Mittwoch Gastspiel Glöckner-Lord „Das Kamel geht durch ein Nadelöhr“; Donnerstag „Blauer Zirkus“; Freitag Bankbeamtenvorstellung „Varbier von Sevilla“; Samstag „Illusionen“; Sonntag Gastspiel Glöckner „Beide Herren der gnädigen Frau“.

Aus der Partei.

Deutsche sozialdemokratische Bezirksorganisation Prag. Morgen Donnerstag, 8 Uhr abends, Café „Nizza“, Souveränitäts-, Lichtbildvortrag: „Politische und soziale Karikaturen“; Vortragender: Redakteur Gen. Goldschmidt.

Turnen und Sport.

An alle Vereine im 5. Kreis! Zuschriften sind von nun ab immer an Eduard Erlacher, Weiskirchly 263 zu richten. (Nicht mehr nach Prag.) — Genosse Jakob ist überfiedelt und es übernimmt infolgedessen mit 1. Jänner 1925 Genosse Löwe die Führung der Kassengeschäfte. Seine Adresse: Franz Löwe, Teplitz-Schönbau, Theresienstraße 18. — Des Weiteren bitten wir die Vereine um sofortige Bekanntgabe der Adresse ihres Obmannes. Eine größere Anzahl von Poststücken liegt als „unbestellbar“ beim Kreis zurück. Wir bitten dies zur Kenntnis zu nehmen. Die Kreisleitung.

Herausgeber Dr. Ludwig Czech.
Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Riehnert.
Druck: Deutsche Zeitungs- & L.-G. Prag
Für den Druck verantwortlich C. Dollb



Kalla's Fischkonserven

werden wegen ihrer vorzüglichen Güte und ihrem feinen Geschmacke überbevorzugt.

Verlangen Sie daher nur **Kalla's Fischkonserven** in allen Konsumvereinen erhältlich.